Welternährung

DIE ZEITUNG DER DEUTSCHEN WELTHUNGERHILFE

DWHH — 4. QUARTAL 2007 — 36. JAHRGANG — WWW.WELTHUNGERHILFE.DE

© DWHH

BROT FÜR AFRIKA
Überlebenswichtig für bitterarme Länder wie Togo: Maniok, das Brot Afrikas
Seite 3

KLIMAWANDEL
Peru: Wegen Wassermangels weichen Bauern immer höher in die Anden aus
Seite 5

DOSSIER
Für Entwicklungshelfer wird die Situation in Afghanistan immer schwieriger
Seite 9–11

NICARAGUA
Dank Katastrophenvorsorge blieben beim Hurrikan »Felix« die schlimmsten Folgen aus
Seite 13

Afrika hungert weiter

Welthungerindex: Schlimmster Nahrungsmangel auf dem Land und südlich der Sahara

© Gerald/laif

Bettelarm: Bauern im südlichen Afrika fällt es am schwersten, genug Nahrungsmittel zum Überleben zu erwirtschaften.

Zum Welternährungstag am 16. Oktober 2007 stellten das Internationale Forschungsinstitut für Ernährungspolitik und die Deutsche Welthungerhilfe in Berlin den Welthungerindex 2007 vor. Fazit: Ein gutes Drittel der Länder ist auf Kurs, Afrika bleibt jedoch weiter Brennpunkt. 25 der am stärksten betroffenen Länder liegen südlich der Sahara, wo in ländlichen Gegenden die Not am größten ist.

Von Dr. Iris Schöninger

Dem 35-jährigen Kleinbauern Shimeket Shiferaw aus Äthiopien geht es noch relativ gut. Zwar gehören er und seine vierköpfige Familie zum ärmsten Bevölkerungsteil, doch mit dem Anbau von Zwerghirse, Weizen und Kichererbsen verdienen sie mehr als die meisten anderen im Dorf Sodo. Durchschnittlich 400 Birr (knapp 33 Euro) sind es im Monat. Aber zwei Monate im Jahr reichen auch Shimekets Einkünfte nicht aus, dann muss seine Familie wie die anderen hungern.

Shimekets Heimatland Äthiopien steht auf Rang 114 unter 118 Entwicklungs- und Transformationsländern, die der Welthungerindex (WHI) aufführt. Anhand verschiedener Faktoren wie des Anteils der Unterernährten an der Bevölkerung und der Sterblichkeitsrate von Kindern berechnet der Index, in welchen Ländern der Nahrungsmangel am schlimmsten ist. Denn nur, wenn verlässliche statistische Daten vorhanden sind, lässt sich der Hunger gezielt bekämpfen. Anhand neuer Zahlen haben die Welthungerhilfe und das Internationale Forschungsinstitut für Ernährungspolitik jetzt den Index aktualisiert, mit unterschiedlichen Ergebnissen.

Fazit: Immer noch geht weltweit einer von sieben Menschen hungrig zu Bett. Hunger und Unterernährung vererben sich dabei von Generation zu Generation – Erwachsene, die als Kinder unterernährt waren, sind ihr Leben lang körperlich und geistig geschwächt, verdienen weniger und sind häufiger krank. Alarmierende Ausmaße hat der Hunger in 36 Ländern weltweit, von denen 25 in Afrika südlich der Sahara liegen. Spitzenreiter im negativen Sinn sind Burundi und die Demokratische Republik Kongo, die nach wie vor unter den Folgen von Kriegen leiden.

Doch auch positive Trends zeigt der Index an. Vor allem in Asien müssen immer weniger Menschen Hunger leiden, einzige Ausnahme ist hier Nordkorea. Ein Drittel aller Staaten auf dem Index kann vielleicht die im Jahr 2000 vereinbarten Millenniumsziele erreichen. Unter anderem gehören dazu, den Anteil hungernder Menschen und Kinder unter fünf Jahren zu halbieren und die Kindersterblichkeit um zwei Drittel zu senken. Kuba und Peru, Mosambik, Ghana, Indonesien und Vietnam sind auf einem guten Weg, diese Ziele bis 2015 zu erreichen. Auch in Äthiopien hat sich der WHI-Wert durch Investitionen in Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft zwischen 2006 und 2007 verbessert.

Ein weiteres Ergebnis: Drei von vier Hungernden leben auf dem Land. Die Welthungerhilfe engagiert sich deshalb verstärkt in abgelegenen Regionen wie im Heimatort des Kleinbauers Shimeket Shiferaw. Sein Dorf Sodo ist eines der 15 Millenniumsdörfer, deren Einwohner die Welthungerhilfe mit gezielten Projekten zur Selbsthilfe unterstützt. Nach Aussage der Welthungerhilfe-Vorsitzenden Ingeborg Schäuble müsse die Bundesregierung in den kommenden Jahren verstärkt in die ländliche Entwicklung investieren. Bislang gehen nur sieben Prozent der gesamten deutschen Entwicklungshilfe von 8,25 Milliarden Euro an Hungernde auf dem Land. Das reiche nicht aus, um die Situation dauerhaft zu verbessern, so Schäuble.

Dr. Iris Schöninger ist Mitarbeiterin der Welthungerhilfe in Bonn.

Bestellen Sie den **Welthungerindex 2007** per E-Mail: info@welthungerhilfe.de, oder per Telefon: (0228) 22 88-127.

Mehr Informationen:
www.welthungerhilfe.de/welthungerindex-2007.html

EDITORIAL

Verdienstkreuz für Ingeborg Schäuble

Vor elf Jahren übernahm Ingeborg Schäuble das Ehrenamt als Vorsitzende der Welthungerhilfe. Bundespräsident Horst Köhler zeichnete Ingeborg Schäuble nun für ihre Arbeit mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse aus. Seit 1996 ist die studierte Volkswirtin unermüdlich im Einsatz für eine Welt, in der Menschen ihr Leben eigenverantwortlich in Würde und Gerechtigkeit führen können – frei von Hunger und Armut. Sie hält Vorträge, gibt Interviews und Pressekonferenzen und nimmt an Fernsehauftritten teil – immer im Dienst der guten Sache. Unter ihrer Präsidentschaft hat sich die Welthungerhilfe maßgeblich weiterentwickelt und wurde zu einer der größten deutschen Hilfsorganisationen. Hilfe zur Selbsthilfe sowie Transparenz sind prägende Elemente in ihrem Kampf gegen Armut und Unterdrückung. Wir freuen uns mit unserer Vorsitzenden über die Anerkennung ihrer wertvollen und engagierten Arbeit.

Dr. Hans-Joachim Preuß ist Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe.

UMWELTSCHUTZ

Welthungerhilfe macht mit bei Ökoprofit

Umwelt- und Ressourcenschutz ist Teil unserer Arbeit im Ausland. Damit der Umweltschutz auch ein fester Bestandteil unseres täglichen Handelns im Inland wird, nimmt die Deutsche Welthungerhilfe am sogenannten Ökoprofit-Projekt der Stadt Bonn teil. Ökoprofit ist ein Projekt zur wirtschaftlichen Stärkung von Betrieben durch vorsorgenden Umweltschutz. Damit soll gleichzeitig ein Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation in der betreffenden Region geleistet werden. Die teilnehmenden Betriebe verringern unter anderem deutlich ihren Wasserverbrauch, produzieren weniger Restmüll und verbrauchen weniger Energie. Die Maßnahmen im Rahmen des Projektes setzen sich aus zehn Workshops zu verschiedenen Themenbereichen (beispielsweise Energie, Abfall, Wasser, Einkauf, Recht) und fünf Beratungen vor Ort zusammen. Durch ihre Teilnahme will die Welthungerhilfe den Umweltschutz kontinuierlich weiterentwickeln. Mithilfe der gewonnenen Erkenntnisse sollen der Ressourceneinsatz der Mitarbeiter optimiert, das Umweltbewusstsein sensibilisiert und Informationen, Erfahrungen und Ideen mit anderen Unternehmen ausgetauscht werden.

ÖKOPROFIT® BONN

Teilnehmer Ökoprofit 2007

Die »Welternährung« wünscht allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

welt hunger hilfe

Sparkasse KölnBonn
Konto 1115
BLZ 370 501 98

ONLINE SPENDEN: www.welthungerhilfe.de

ZURÜCK VON DER REISE

Sicherheit durch Nähe

Persönliche Kontakte schützen Entwicklungshelfer in Kriegsgebieten

Als Politikreferentin **Dr. Katrin Radtke** die Demokratische Republik Kongo bereiste, hatte sich der Konflikt gerade wieder zugespitzt. Zwar fanden an den Projektstandorten der Deutschen Welthungerhilfe keine Kämpfe statt. Doch bei den Menschen war die Angst deutlich zu spüren, so die 32-Jährige.

© DWHH

Die promovierte Politikwissenschaftlerin ging bei ihrer Reise der Frage nach, wie in krisengeschüttelten Staaten wie dem Kongo Entwicklungsprojekte erfolgreich sein können. Denn die Welthungerhilfe will den Menschen aus der Armut helfen – und muss gleichzeitig ihre eigenen Mitarbeiter schützen. »Wir arbeiten daher nach dem ›Community based security‹-Ansatz«, erläutert Radtke. Das bedeutet: Ein enger Kontakt zur Bevölkerung soll Sicherheit bringen. So hat die Welthungerhilfe in der Stadt Bunia einen ehemaligen Lehrer eingestellt, der Kontakte zu bewaffneten Gruppen herstellt. »Vor jeder Fahrt in ein Projektgebiet wird die Sicherheitslage geklärt«, erläutert die Politikreferentin. Es sei sehr wichtig, jemanden mit Sicherheitsaufgaben zu betrauen, der gute Verbindungen habe. Der Kongolese spricht mehrere lokale Dialekte und kann mit verschiedenen Gruppen kommunizieren. Die Welthungerhilfe versucht so, die Gefahr zu minimieren – aber absolute Sicherheit kann es nicht geben. »Auch die Kriminalitätsrate ist hoch«, sagt Radtke. Immer wieder komme es zu Überfällen. Trotz der Schwierigkeiten unterstützt die Welthungerhilfe die Opfer des Bürgerkrieges seit acht Jahren. »Wir fördern den Schulbesuch von Kindern, helfen bei der Reintegration von Kindersoldaten und verteilen Saatgut an die Bauern«, erläutert Radtke. Eines der bedeutendsten Projekte in der Region ist der Bau einer 700 Kilometer langen Straße von der Grenzstadt Goma nach Kisangani am Kongo-Fluss. »Es ist beeindruckend, was eine Straße verändern kann«, berichtet die Welthungerhilfe-Mitarbeiterin. Der Handel nehme schnell zu, neue Märkte entstehen. Doch die Hilfe muss nachhaltig sein, meint Katrin Radtke.

So muss beispielsweise die Straße dauerhaft erhalten werden. Doch in den abgelegenen Regionen gibt es keine funktionstüchtigen Regierungsstrukturen, die diese Aufgabe übernehmen. Darum müssen Anreize für die Dorfgemeinschaften geschaffen werden, sich selbst darum zu kümmern. Und immer bleibt die Gefahr, dass neue Kämpfe Projekterfolge gefährden. »Im Kongo werden wir immer wieder mit der Frage konfrontiert, wie wir die Hilfe in Konfliktgebieten nachhaltig gestalten können«, ist Katrin Radtkes Resümee ihrer Reise.

Michael Ruffert interviewte Katrin Radtke nach ihrer Rückkehr.

© Radtke

Neue Hoffnung: Dank der Saatgutverteilung der Welthungerhilfe können Bauern im krisengeschüttelten Kongo ihre Felder wieder bewirtschaften.

Mehr Informationen unter:
http://www.welthungerhilfe.de/kongo-hilfsprojekt-strassenbau.html

Nahrungsmittel immer teurer

Vor allem Entwicklungsländer leiden unter den Preissteigerungen

Weltweit werden Nahrungsmittel immer teurer. Im Jahr 2007 werden Lebensmittel für über 400 Milliarden Dollar importiert. Das sind fast fünf Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 2006.

Die Mengen bleiben fast unverändert, aber die Preise steigen. Darunter leiden vor allem die Entwicklungsländer, und insbesondere die ärmsten unter ihnen. Die sogenannten LDC (least developed countries) müssen für Nahrungseinkäufe aus dem Ausland heute rund 90 Prozent mehr ausgeben als noch im Jahr 2000. Die Rechnung der Industrieländer für Nahrungsimporte stieg im gleichen Zeitraum nur um 22 Prozent.

Die weltweiten Vorratslager waren selten so leer wie heute, und immer mehr Ackerflächen werden für die Produktion von Biokraftstoffen benötigt. Außerdem steigen die Frachtraten für den Transport über Land und See. Leidtragende sind vor allem die ärmsten Länder.

Jahrelang haben die Industrieländer hochsubventionierte Lebensmittel aus ihren Überschüssen billig auf den Weltmarkt geworfen und damit viele Bauern in den Entwicklungsländern ruiniert. Jetzt ist das weltweite Angebot so knapp, dass die EU sogar ihr Flächenstilllegungsprogramm aufgegeben hat. Doch in den ländlichen Regionen vieler armer Länder fehlt das Geld, um eine leistungsfähige Landwirtschaft aufzubauen. Dazu kommt, dass sich die Ernährungsgewohnheiten in einigen wichtigen Schwellenländern denen der Industrieländer angleichen. Damit erhöht sich weltweit auch der Bedarf an Futtermitteln – zulasten jener armen Länder, in denen sich die Menschen direkt von Getreide ernähren, weil sie sich Fleisch gar nicht leisten können.

Die FAO rechnet für die kommenden Jahre darüber hinaus mit klimabedingten Problemen wie Dürren und Überschwemmungen. Auch davon werden vor allem die Bauern in den am wenigsten entwickelten Ländern betroffen sein. Mittlerweile lebt die Hälfte der Menschheit in Städten. In vielen Ländern hat die Landflucht dramatische Ausmaße angenommen. Vielerorts werden die ländlichen Räume und damit die Nahrungsmittelproduktion vernachlässigt. Wenn dieser Trend nicht gestoppt wird, könnte die Zahl der Hungernden bald schon wieder steigen.

IMMER MEHR GELD FÜR LEBENSMITTELIMPORTE

INHALT

1 Afrika hungert weiter
Ergebnisse des neuen Welthungerindexes
2 *Nachrichten*
3 Maniok – Brot für Afrika
Überlebenswichtiges Grundnahrungsmittel
4 365 Tage Wasser aus dem Berg
Regenfallen versorgen Dürregebiete
5 Immer höher
Bergbauern leiden unter Klimawandel
6 Mit Ruhe durch den Sturm
Millenniumsdorf in Kambodscha
7 Der lange Weg nach Hause
Flüchtlinge kehren nach Liberia zurück
8 Langzeitfolgen einer Katastrophe
Erdbebenopfer überwinden Trauma
9–11 *Dossier:* Afghanistan
12 Die Klimakatastrophe kommt
Auswirkungen des Klimawandels
13 Das Schlimmste überstanden
Katastrophenvorsorge zeigte Wirkung
14 *Aktionen & Berichte*
15 *Medien & Informationen*
16 *Unterhaltung*

KURZ NOTIERT

Bundesverdienstkreuz für Lilli Löbsack

Am 24. Oktober 2007 wurde Lilli Löbsack das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Lilli Löbsack ist Mitglied des Gutachterausschusses der Deutschen Welthungerhilfe für Lateinamerika und Afrika. Sie war Staatsanwältin und später Planungsreferentin beim Berliner Senator für Justiz. Von dort wechselte Lilli Löbsack zur Friedrich-Naumann-Stiftung. Ende der 80er-Jahre übernahm sie die Leitung der Regionalabteilung Lateinamerika-Ost bei der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und wechselte 1993 zum Deutschen Entwicklungsdienst (DED). Dort übernahm sie die Leitung der Programmabteilung bis zu ihrem Ruhestand 2006.

© Herfft

Eine Frau mit Weitblick: Lilli Löbsack wurde für ihren Einsatz geehrt.

Welthunger-Konferenz in Peking

Vom 17. bis 19. Oktober 2007 tagte in Peking die Konferenz »Taking Action for the World's Poor and Hungry People« der 2020 Vision Initiative. Die Konferenz brachte Experten aus allen Teilen der Welt zusammen, um neue Strategien zu entwerfen, wie man den Armen und Hungernden der Welt am besten helfen kann. Zu der Konferenz hatten eingeladen: Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) und die State Council Leading Group Office of Poverty Alleviation and Development of China (LGOPAD) mit Unterstützung der Deutschen Welthungerhilfe.

Mehr Informationen unter:
http://www.ifpri.org/2020chinaconference/index.htm

Soforthilfe für die Dominikanische Republik und für Bangladesch

Heftige Regenfälle in der Dominikanischen Republik führten Ende Oktober und Anfang November 2007 dazu, dass 41 Bezirke des Inselstaates von der Außenwelt abgeschnitten wurden. Rund achtzig Prozent des Landes waren betroffen, 75 000 Personen mussten in Sicherheit gebracht werden, 24 500 Häuser wurden zerstört oder schwer beschädigt. Die Deutsche Welthungerhilfe hat 50 000 Euro Soforthilfe bereitgestellt und als erste Maßnahme Nahrungsmittel und Trinkwasser an rund 4000 Menschen verteilt. Außerdem wurden Moskitonetze und -spray ausgegeben, um nach Ende des Regens den Auswirkungen einer Mückenplage vorzubeugen. Das Projektgebiet umfasst die Provinzen Peravia und Monte Plata westlich und nördlich der Hauptstadt Santo Domingo. Auch für die Opfer des verheerenden Wirbelsturms in Bangladesch stellte die Welthungerhilfe 50 000 Euro Soforthilfe bereit.

© Sester

Teamwork: Die Maniokknollen müssen frisch verarbeitet werden. Beim Putzen und Schälen hilft die ganze Nachbarschaft mit. Ein willkommener Anlass, um Neuigkeiten auszutauschen.

Maniok – Brot für Afrika

Als Grundnahrungsmittel lässt sich Maniok vielseitig verarbeiten und ist überlebenswichtig in bitterarmen Ländern wie Togo

Maniok ist in Togo ein Grundnahrungsmittel. Doch bis aus der Knolle Mehl wird, sind viele Arbeitsschritte nötig. Sie erfordern Wissen, Geschick und Mühe. Wie überall auf der Welt ist die Erntezeit etwas Besonderes.

Von Barbara Sester

Wenn Saho Agbolete Maniok röstet, riecht man das über den Hof hinaus in der ganzen Straße. »Mmh, es gibt wieder frisches Gari«, rufen dann die Leute. Es duftet ähnlich wie Brot, das bei uns aus dem Holzbackofen kommt. Und doch ist das körnige, geröstete Maniokmehl – Gari genannt – etwas ganz anderes. Es wird in Westafrika entweder dick aufs Essen gestreut, oder man kocht daraus einen Teigkloß, der köstlich zu Soße schmeckt. Getrocknet hält sich Gari lange, frisch ist es aber besonders gut. Bis jedoch aus den Maniokpflanzen leckeres Gari entstanden ist, sind viele Arbeitsschritte erforderlich, denn die Herstellung ist aufwendig.

Saho Agbolete wohnt mit ihrer Familie in Adidogomé, einem Stadtteil von Togos Hauptstadt Lomé. Rundherum gibt es kaum noch Felder, denn die Stadt breitet sich aus, und auf den meisten Grundstücken stehen Mauern und mehr oder weniger fertige Häuser. Die Städterin Saho ist zwar keine Bäuerin, aber Maniokexpertin. Mit ihren Einnahmen aus dem Maniokanbau trägt die fünffache Mutter stark zum Familieneinkommen bei. Ihr Mann ist Schreiner, doch es gibt nicht viele Aufträge. Sahos Felder liegen etwa einen Kilometer entfernt im Nachbarland Ghana. Zur Ernte zieht sie ihren Handkarren am Grenzposten unter einem Mangobaum vorbei ins ländliche Ghana. Hier hat Saho eine etwa 1,6 Hektar große Fläche für drei Jahre gepachtet.

Vor sechs Monaten hat sie die 25 Zentimeter langen Stecklinge der Maniokpflanze in den Boden gedrückt, jetzt sind sie reif. Pro Pflanze gräbt Saho mit ihrer Handhacke zwei bis vier Kilogramm Knollen aus der Erde. An der Verbindung der Knollen zur Mutterpflanze tritt milchiger Saft aus – ein Gift, das die Pflanze vor dem Fraß durch Tiere schützt. In rohem Zustand ist Maniok deshalb ungenießbar. Nach drei Stunden Arbeit in der heißen afrikanischen Sonne ist der Wagen endlich voll. Zu Hause lagert Saho die Knollen vor der Mauer, die ihr kleines Gehöft umgibt. Sind ein paar Fuhren beisammen, kommen die Frauen aus der Nachbarschaft, um bei der weiteren Verarbeitung zu helfen. Die saftigen Knollen müssen gewaschen, geschält und geraspelt werden. Dann folgt die Pressung. Dazu wird die gemahlene Masse in ein Tuch gegeben und über einem Erdloch ausgequetscht. In der weißen Flüssigkeit setzt sich Stärke ab, die getrocknet ein feines Mehl ergibt – die Grundlage für das Gari.

Weiße Pyramiden aus Gari

Die fröhlichen Stimmen der Frauen und Kinder täuschen darüber hinweg, dass die Arbeit anstrengend ist. Doch trotzdem wird viel gelacht, denn die gemeinschaftliche Arbeit ist ein willkommener Anlass, um Neuigkeiten auszutauschen. Und alle haben Interesse daran, dass das Ergebnis gut wird. Denn die Helferinnen werden in der Regel mit Naturalien, sprich Gari, entlohnt.

In einem Holzschuppen befindet sich die Feuerstelle mit einer großen Tonschale. Hier werden kleine Mengen des Maniokmehls unter Rühren mit einer Tonscherbe leicht geröstet. Das braucht Fingerspitzengefühl und Aufmerksamkeit, denn wenn das entstehende Gari zu dunkel wird, lässt es sich schlecht verkaufen. Saho Agboletes Gari ist bekannt dafür, dass es besonders schmackhaft ist. Die Leute aus dem Stadtteil kaufen direkt bei ihr ein oder auf dem quirligen Markt, der zweimal in der Woche in Adidogomé stattfindet. Hier haben mehrere Händlerinnen die weißen Pyramiden aus Gari aufgeschichtet und warten auf Kundschaft. Eine leere Dose, gefüllt und glatt gestrichen, gilt dabei als Maßeinheit. Und jede Maßeinheit Gari ist ein Stück Brot für Afrika.

Barbara Sester ist Redakteurin bei zwei Fachzeitschriften für Landwirtschaft und Weinbau in Freiburg im Breisgau.

IN ROHEM ZUSTAND GIFTIG

Maniok, auch Tapioka genannt, gehört zu den Wolfsmilchgewächsen (Euphorbiaceae) und wird drei Meter hoch. Der Halbstrauch hat knollige Rhizome (Wurzelstöcke) und handförmig geteilte Blätter. Die milchsaft- und stärkereichen Rhizome enthalten als Fraßschutz den Stoff Dhurrin, der an der Luft zu Blausäure werden kann. Dieser verflüchtigt sich aber beim Erwärmen.

Ursprünglich kommt die Pflanze aus Südamerika, wurde aber vor mehr als 500 Jahren von den Portugiesen nach Afrika gebracht. Sie ist nach Reis und Mais das drittwichtigste Nahrungsmittel in West- und Zentralafrika. Neben den Knollen, die auch direkt gekocht wie Salzkartoffeln gegessen werden, finden auch die Blätter, ähnlich wie Spinat, Eingang in die menschliche Ernährung. In den Industrienationen dient Maniok auch als billige Futterpflanze für die Fleischproduktion. Neben dem kleinbäuerlichen Anbau gibt es in vielen Ländern, vor allem in Südamerika, auch exportorientierte Monokulturen.

© Sester

TOGO

Das Land in Westafrika ist mit einer Fläche von 56 785 Quadratkilometern für afrikanische Verhältnisse ein Kleinstaat. Bis zum Ersten Weltkrieg war Togo zuerst deutsche, danach französische Kolonie. Die Unabhängigkeit erreichte Togo erst 1960, die folgenden fast 40 Jahre regierte Staatspräsident Gnassingbé Eyadéma als Autokrat. Gegner der Führung wurden jahrzehntelang von seinem Regime verfolgt. Nach wie vor befinden sich mehrere Tausend Flüchtlinge aus dieser Zeit im Ausland. Die etwa 5,7 Millionen Einwohner des Landes setzen sich aus zahlreichen ethnischen Gruppen zusammen, die größten sind die Ewe-Adja mit 40 Prozent und die Temba-Kabre mit etwa 21 Prozent.

Neben Ewe und Kabiyè wird auch Französisch als Amtssprache gesprochen. Die Menschen in Togo leben größtenteils von der Landwirtschaft und sind dabei sehr abhängig von den zwei jährlichen Regenzeiten. Das Land ist stark unterentwickelt und hat eine katastrophale Wirtschaftslage. Auf 5000 Bewohner kommt gerade mal ein Arzt, und die Kindersterblichkeit liegt bei fast 15 Prozent.

Der Strom in der Hauptstadt fällt täglich bis zu 20 Stunden aus, das Schulsystem ist desolat und die Infrastruktur vernachlässigt. Die Schulden erreichen mit 1,5 Milliarden Euro einen Wert von 90 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

365 Tage Wasser aus dem Berg

Dank einfach konstruierter Regenfallen an Berghängen haben Menschen in trockenen Regionen Kenias mehr Trinkwasser

© Engelhardt

Ende der Trockenzeit: Riesige weiße Tanks füllen sich mit Wasser, das früher im Boden versickerte. Peter Njoroge betreut für die Welthungerhilfe das Projekt vor Ort.

Makueni atmet auf: In einer der trockensten Gegenden Kenias wird neuerdings dringend benötigtes Regenwasser aufgefangen, das sonst ungenutzt an Berghängen abfließen würde. Ein Beispiel, das Schule macht, denn schon sind weitere Regenrinnen in Planung.

Von Marc Engelhardt

Juliana Kinibio steht auf ihrem Hof und stampft Maismehl. Ihr jüngster Sohn spielt im roten Staub, der zur Trockenzeit die dürren Zweige und den ausgemergelten Boden bedeckt. Seit neun Monaten hat es hier in Makueni im Südosten Kenias nicht geregnet. Für Kinibio, eine alleinstehende Mutter von sieben Kindern, ist das Leben deshalb noch härter als sonst schon. Jeden Tag muss sie große Kanister zum Hof tragen, damit ihre Familie genug Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen hat. »Früher musste ich sechs Kilometer durch den Busch, ein weiter Weg. Manchmal habe ich an einem Tag nicht mehr als einen 20-Liter-Kanister hierhertragen können, weil ich nach dem Marsch durch die pralle Sonne so erschöpft war. Dabei brauchen wir eigentlich gut 100 Liter täglich.« Doch seit einem Jahr hat sich das Leben der 45-Jährigen radikal verändert. Heute steht sie kurz nach Sonnenaufgang auf, schnappt sich ihre Kanister und ist zum Frühstück wieder zurück. Die Quelle des neuen Wasserreichtums: Der riesige Inselberg aus Granit, der nicht weit von ihrem Hof entfernt steht.

© Engelhardt

Umleitung: Mauern aus Natursteinen, verstärkt mit Beton, leiten das Regenwasser vom Berg in die Tanks.

Frisches Wasser aus dem Berg

Am Fuß des Bergs, der in der lokalen Kamba-Sprache Uvilio (Handfläche) heißt, stehen Frauen und Kinder in einer langen Reihe an. Geduldig warten sie darauf, dass Peter Kioko ihre Kanister auffüllt. Der alte Mann dreht den Hahn erst auf, wenn die Kunden bezahlt haben: zwanzig Liter Wasser kosten zwei Kenia-Schillinge, etwa drei Euro-Cent.

Acht Tanks stehen unterhalb des Uvilio-Bergs. Nach der letzten Regenzeit waren sie alle voll: Mit Regenwasser, das früher im Boden versickert ist. Peter Njoroge, der für die Deutsche Welthungerhilfe in Makueni arbeitet, strahlt: »Es ist eigentlich ganz einfach: Wir nutzen den Berg, um Regenwasser zu ernten.« Dazu haben Arbeiter den Berg radikal umgestaltet, nach Anweisungen eines Wasserbauingenieurs.

»Da, wo das Wasser sonst die Flanken hinunterfließt, werden Mauern gebaut, sodass das abfließende Regenwasser umgelenkt wird«, beschreibt Njoroge den Prozess. Die wie ein Labyrinth über den Berg verteilten Mauern sind aus Natursteinen gebaut, aber mit Beton verstärkt – weil die seltenen Regengüsse in den Subtropen so heftig sind, müssen die Mauern einiges aushalten. Auch das große Reservoir, in dem das Wasser landet, muss stabil konstruiert sein. »Von hier fließt das Wasser dann durch einen groben Filter aus Kieselsteinen, weiter in Rohre und schließlich in die Tanks«, so Njoroge. Anders als in den riesigen Wassertonnen, die in Afrika derzeit vor allem an Schulgebäuden installiert werden, lassen sich mit solchen Bergwasserfängen Mengen an Wasser gewinnen, die ganze Dörfer versorgen können. Die Tanks von Uvilio haben zusammen eine Kapazität von 900 Kubikmetern und versorgen eine Gegend, in der es kaum permanente Flüsse oder Wasserlöcher gibt. Für die Kinder bedeutet die neue Wasserstelle mehr Zeit zum Spielen – und weniger Krankheiten. »Das trübe Wasser aus den Wasserlöchern ist oft voller Bakterien, vor allem die Kinder hatten früher ständig Durchfall und andere Krankheiten«, erinnert sich Peter Kioko. Die Zahl der Erkrankten sei im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen.

Doch nicht alles ist eitel Sonnenschein. Christina Mwanggangi, die wie Njoroge für die Welthungerhilfe arbeitet, musste vor dem Bau des Bergreservoirs viele Skeptiker überzeugen. »Da war zunächst mal das Land am Fuß des Berges, das wegen des abfließenden Regens natürlich fruchtbar ist und Bauern gehörte.« Bei Treffen mit der Bevölkerung mussten diese Landbesitzer vom Sinn des Projekts ebenso überzeugt werden wie diejenigen, die beim Bau Hand anlegen mussten. »Wir haben eine klare Philosophie: Wir bezahlen Baumaterialien wie Beton, aber was es lokal gibt, etwa Sand und Steine, muss von der Bevölkerung besorgt werden.« Das Gleiche gilt für die Arbeitskräfte: Die Welthungerhilfe zahlt die Handwerker – die vielen ungelernten Arbeiter, die für den Bau benötigt werden, rekrutieren sich aus Freiwilligen.

Doch wirkliche Probleme hat es bei den acht Bergwasserfängen, die bisher rund um Makueni gebaut worden sind, nicht gegeben. »Wenn die Leute erstmal überzeugt sind, dass es funktioniert, machen sie mit.« Selbst der traditionelle Priester, der den jahrhundertealten Schrein am Fuß des Berges bewacht, gab schließlich sein Einverständnis. Uvilio ist da kein Einzelfall: Die meisten der über das Land verteilten Inselberge gelten der einen oder anderen Gemeinde als Heiligtum.

Einfach zu reparieren

Für die Unterhaltung der Anlage sind die Nutzer selbst verantwortlich. »Die Anlagen sind so gebaut, dass sie jeder kenianische Handwerker reparieren kann«, versichert Peter Njoroge. Auf diese Weise sollen die Anlagen auch dann weiterlaufen, wenn die ausländischen Geldgeber längst schon wieder abgezogen sind. Ökologische Bedenken hat Njoroge nicht. »Die Berge sind kahl, wir fällen keine Bäume und vertreiben keine Tiere.« Für die Bewohner gibt es zudem wenig Alternativen zur Wassergewinnung: Brunnen etwa können in Makueni nicht gebohrt werden, weil das wenige Grundwasser versalzen ist.

Dass die Nutzung von Regenwasser eine große Zukunft hat, glaubt auch Achim Steiner, Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen: »Selbst ein vergleichsweise trockenes Land wie Kenia hat das Potenzial, mit dem hiesigen Niederschlag sechs bis sieben Mal mehr Wasser zu gewinnen als die Bevölkerung braucht«, zitiert Steiner aus einer aktuellen Studie.

Njoroge und sein Team suchen deshalb bereits nach neuen Inselbergen. Mindestens 35 Stück, so glaubt er, sind in der Gegend von Makueni für den Bau neuer Regenwasserfallen geeignet. »Besonders wichtig ist das Gestein – es muss hart sein, damit das Wasser nicht versickert.«

Dass die seltsamen Labyrinthe auf den Bergen funktionieren, hat sich inzwischen herumgesprochen. Manche Gemeinden, lächelt Njoroge, fangen schon einmal ungefragt mit Vorarbeiten an, um sich einen Bergwasserfang in ihrer Nähe zu sichern.

Marc Engelhardt lebt als freier Autor in der kenianischen Hauptstadt Nairobi.

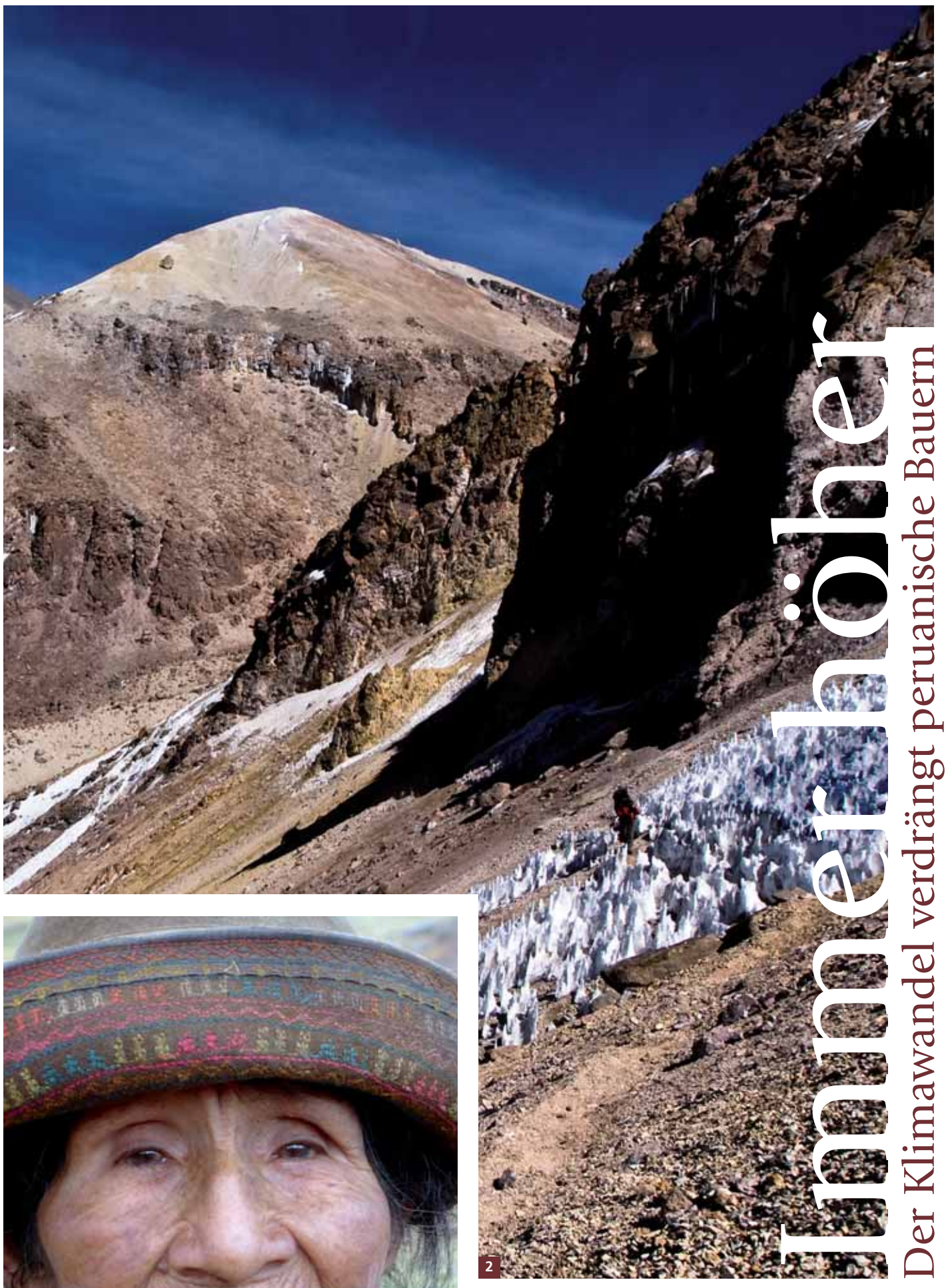
KENIA

Mehr als 60 Prozent der Kenianer lebt unterhalb der Armutsgrenze. Besonders unter Wassermangel leidet die Bevölkerung. 80 Prozent der Fläche Kenias muss mit weniger als 500 Millimeter an Niederschlägen pro Jahr auskommen. Betroffen ist vor allem der tief liegende ländliche Raum, wo 7,5 Millionen Menschen leben. Zyklisch wiederkehrende Dürreperioden und die politische wie auch wirtschaftliche Vernachlässigung ländlicher Gebiete kommen erschwerend hinzu.

Seit 1999 bemüht sich die Deutsche Welthungerhilfe in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen, die Trinkwasserversorgung im ländlichen Raum zu verbessern. Seit 2006 eine extreme Trockenzeit ihren Höhepunkt erreichte, ist die Welthungerhilfe verstärkt im Südosten Kenias tätig – unter anderem im Distrikt Makueni, aus dem der Erfahrungsbericht von Marc Engelhardt stammt. Dort kommt erschwerend hinzu, dass sich die Einwohner den Zugang zum Trinkwasser mit den Tieren des angrenzenden Tsavo-Nationalparks teilen müssen. Durstige Elefanten reißen sogar Rohrleitungen aus dem Boden oder fressen die wenigen Papayas und Mangos.

Immer höher

Der Klimawandel verdrängt peruanische Bauern



Fotos: DWHH/GNU, Text: Susanne Scholaen

Nicht nur Inseln und küstennahe Gegenden sind vom Klimawandel betroffen, sondern auch Regionen mit tausende Meter hohen Bergen. So hat der Weltklimarat Peru mit seinen schneebedeckten Andengipfeln als eines der Länder kategorisiert, die besonders stark durch den Klimawandel gefährdet sind. Es steht sogar an dritter Stelle, nach Bangladesch und Honduras.

Schon seit 1968 beobachten Forscher in den Anden bei verschiedenen Gletschern das Schwinden des Eises. Normalerweise bildet das Schmelzwasser der Schneegipfel und Gletscher im Sommer die hauptsächliche Quelle für die Flüsse und damit für die Bewässerung der Äcker in den tiefer gelegenen Regionen. Verschwinden langfristig die Eismassen, führen die Flüsse entsprechend weniger Wasser mit, und ehemals fruchtbare Gebiete werden zu trocken für die Landwirtschaft. Weil gleichzeitig die Temperaturen steigen und sich die Anbauzonen nach oben verschieben, müssen die Bauern in immer höhere Gebiete ziehen, um ihre traditionellen Kulturpflanzen wie Kartoffeln, Mais und Quinoa anzubauen. Dort reichen die hoch gelegenen Weideflächen für Lamas und Alpakas im Winter bald schon nicht mehr aus.

Außerdem besteht in Hochlagen die Gefahr, dass die Ernte durch plötzliche Kälteeinbrüche zerstört wird. Das World Food Programme der UN schätzt, dass die Bauern in Peru im Jahr 2007 auf diese Weise 260 000 Tonnen ihrer Kartoffelernte verloren haben. Für die Opfer des starken Kälteeinbruchs Mitte 2007, der die gesamte Andenregion heimsuchte, stellte die Deutsche Welthungerhilfe Hilfsgüter bereit. In einer gemeinsamen Aktion mit der deutschen Botschaft wurden an betroffene Familien warme Kleidung, Schuhe und Schlafsäcke verteilt.

Auch im Regenwald östlich der Anden hat die Bevölkerung mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen, der dort ein verändertes Niederschlagsmuster verursacht hat: Regen- und Trockenzeit sind jetzt stärker ausgeprägt.

1 | Weil die Menschen in Peru verstärkt höher gelegene Flächen für die Landwirtschaft nutzen, werden Weideflächen knapp. **2 |** In den Anden wird im Winter immer weniger Wasser in Gletschern gebunden. **3 und 4 |** Von der Nahrungsknappheit sind vor allem Mütter, Kinder und ältere Menschen betroffen. **5 |** In einer gemeinsamen Aktion mit der deutschen Botschaft verteilte die Welthungerhilfe an die Opfer eines Kälteeinbruchs warme Kleidung und Schuhe.

Mit Ruhe durch den Sturm

Ein Projekt verbessert die Ernährungslage monsungeplagter Reisbauern

© Brandl

Mehr Kraft: Das Millenniumsprojekt soll Reisbauern in Kambodscha helfen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Wenn der Monsun einsetzt, verwandelt sich die Gegend um In und Kanat Toch in Kambodscha in eine schlammige Sumpflandschaft. Die Ernten sind oft mager, und die Vorräte reichen meist nicht für das ganze Jahr aus. Im Rahmen des Millenniumsprojekts will die Deutsche Welthungerhilfe mit neuen Anbaubedingungen für Reis und sauberem Trinkwasser die Lebensbedingungen in den beiden Dörfern verbessern.

Von Marion Aberle

Wer zum ersten Mal in Kambodscha aufs Land hinausfährt, mag sich wundern über die Häuser aus Bambus, Bananenblättern und Reisstroh, die allesamt auf bis zu zwei Meter hohen Stelzen aus Holz stehen. Dass es sich hierbei um keine architektonische Extravaganz, sondern um bittere Notwendigkeit handelt, zeigt sich von selbst, sobald der Monsunregen einsetzt. In kürzester Zeit verwandeln sich Wege in schlammige Bäche, das rötlich-lehmige Wasser steigt immer höher und verbreitet sich schnell großflächig in den Ebenen.

Ethnische Minderheit

Auch Kanat Toch und In bestehen aus Stelzenhäusern. Zusammen bilden sie eines der Millenniumsdörfer der Welthungerhilfe. Die knapp 500 Bewohner der beiden Dörfer zählen im ohnehin armen Kambodscha zu den Ärmsten. Sie gehören der ethnischen Minderheit der Kachok an. Die Khmer, die mit 90 Prozent der Bevölkerung die Mehrheit stellen, blicken auf Völker wie die Kachok mit Verachtung herab und behandeln sie wie Bürger zweiter Klasse.

Von Ban Lung, der Hauptstadt der Provinz Ratanakiri im Nordosten des Landes, führt eine Lehmpiste in das Millenniumsdorf, die in der Regenzeit völlig aufweicht. Romam Yol sitzt mit dem jüngsten ihrer sechs Kinder, der dreijährigen Sney, in ihrem Stelzenhaus. Sie hat gerade die Kleine gefüttert, ein paar Reiskörner kleben um Sneys Mund. Das Kind sieht satt und zufrieden aus. Trotzdem: Für ihr Alter ist Sney viel zu klein, sie wirkt eher wie ein Baby denn wie ein Kleinkind – eine Folge von Unterernährung, die die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder beeinträchtigt.

Noch sind die Vorräte der Familie Romam nicht aufgebraucht. Meist gehen sie aber zu Ende, lange bevor der neue Reis auf den Feldern herangereift ist. Diese Zeit der Knappheit kann bis zu einem halben Jahr dauern. Die Menschen müssen sich dann zu Hungerlöhnen auf den Plantagen verdingen, um Reis kaufen zu können, oder sich von wilden Früchten und Gemüse aus dem Wald ernähren. Zurzeit wachsen gerade die Setzlinge heran, die in Kürze ausgepflanzt werden. Deshalb macht sich Romam Yol zusammen mit anderen Frauen aus dem Dorf auf den Weg in die Reisfelder. Weil der Weg in die weitverstreuten Felder so beschwerlich ist, verbringen die Dorfbewohner die meiste Zeit des Jahres in Hütten direkt in den Feldern und kehren erst nach der Ernte in ihr Dorf zurück. Bei dem Millenniumsprojekt zeigen die Welthungerhilfe-Mitarbeiter den Reisbauern, wie sie durch bessere Anbaumethoden höhere Erträge erzielen können. Auch klären sie die Bewohner des Millenniumsdorfes über Hygiene auf, und die Kachok lernen Fischzucht, um eine größere Bandbreite an Nahrungsmitteln zur Verfügung zu haben. Mit Unterstützung der Welthungerhilfe legen die Einheimischen außerdem neue Trinkwasserbrunnen an. Im Dorf In steht bereits ein solcher Brunnen. Pumpe und Abfüllstation sind getrennt, damit die Benutzer die Quelle nicht verunreinigen, wenn sie am Wasserhahn waschen. Die Abfüllstation liegt erhöht auf einem Kiesbett und ist zum Schutz vor Tieren umzäunt. »Früher mussten wir das Wasser vom Fluss holen, jetzt brauchen wir nur einen Hahn aufzudrehen«, sagt der Chef des Wasserkomitees Rocham Savan.

MILLENNIUMSDÖRFER

Bei dem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York im Jahr 2000 verabschiedeten 189 Staaten die Millenniumserklärung. Ziele der Erklärung sind es unter anderem, bis 2015 die extreme Armut und den Hunger deutlich zu reduzieren, Kindern auf der ganzen Welt eine Grundschulbildung zu gewährleisten sowie die Kindersterblichkeit um ein Drittel zu senken. Die Welthungerhilfe hat weltweit 15 Dörfer und Regionen ausgewählt, in denen sie beispielhaft zeigen möchte, dass es möglich ist, die Millenniumsziele auf lokaler Ebene zu verwirklichen. Darunter ist auch das kambodschanische Dorf Kanat Toch. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickelt die Welthungerhilfe ein Programm, mit dem die Lebensverhältnisse der Bewohner dauerhaft verbessert werden sollen.

Ungerechtigkeit mildern

Auch soll das Projekt dazu beitragen, die Ungerechtigkeit zu mildern, die den Kachok widerfährt. Kleinbauern, die ethnischen Minderheiten angehören, werden in Kambodscha in manchen Fällen von ihrem Land vertrieben: Korrupte Lokalpolitiker verkaufen ohne Rücksicht auf die Rechte der Kachok das Land an reiche einheimische und ausländische Investoren. Noch dazu macht ein neuer Staudamm den Reisbauern zu schaffen. Seit er gebaut wurde, schwankt der Pegel zwei- bis dreimal am Tag sehr stark. »Das reißende Wasser zerstört Fischernetze und Boote, spült die Reispflanzen weg und vernichtet die Gemüsegärten am Flussufer«, berichtet Romarm Punh, der Gouverneur des Distrikts Andoung Meas.

Die Entwicklungshelfer wollen den Kachok Selbstbewusstsein geben, ihnen Wissen vermitteln und sie über ihre Rechte aufklären. Und das Leben in ihrem Dorf auf Stelzen ein Stück lebenswerter machen.

Marion Aberle ist Mitarbeiterin der Welthungerhilfe in Bonn.

Mehr Informationen unter:
www.welthungerhilfe.de/kambodscha-kanattoch-millenniums.html

Tipp
Pünktlich zum Welternährungstag wurde am 16. Oktober die Ausstellung **»15 Dörfer. 8 Ziele. 1 Welt. – Die Millenniumsdörfer der Welthungerhilfe«** im Justizzentrum Magdeburg eröffnet, die das Projekt und die Millenniumsdörfer veranschaulicht. Möchten Sie die Ausstellung auch in Ihrer Stadt zeigen? Fordern Sie unser Informationsfaltblatt an: **info@welthungerhilfe.de** oder telefonisch unter: **(0228) 22 88-118.**

© DWHH

Ungewöhnlich: Als Schutz vor Überschwemmungen bauen die Kachok ihre Häuser auf Stelzen.

© DWHH

Frisches Wasser: Dank eines neuen Brunnens haben die Bewohner des Dorfes ausreichend Trinkwasser.

Der lange Weg nach Hause

Vor vier Jahren endete der Bürgerkrieg, jetzt kehren die letzten Flüchtlinge nach Liberia zurück; dort erwarten sie zerstörte Dörfer

Nach 14 Jahren Bürgerkrieg kehren die Flüchtlinge wieder in ihre Heimat Liberia zurück. In diesem Jahr wurden die letzten Camps im Nachbarland Sierra Leone aufgelöst. Die Deutsche Welthungerhilfe unterstützt die Menschen mit landwirtschaftlichen Geräten, die für den Neustart dringend benötigt werden.

Von Gunnar Rechenburg

Rückkehr: Die Welthungerhilfe unterstützt Bürgerkriegsflüchtlinge auf dem Heimweg.

© Lakovitz

Fünf Jahre lang war Kpanguma Stevens nicht zu Hause. Jetzt kehrt er zurück. Drei Tage war er unterwegs, bis er schließlich in einem Lkw des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen über die Grenzen kam – nach Liberia. Zusammen mit seiner Tochter, seinem Sohn und seiner Mutter. Seine Frau starb vor sieben Jahren, getötet im Bürgerkrieg.

Seit dem Morgen sitzt Stevens auf seinen Habseligkeiten und wartet. Alles ist verpackt in Plastiksäcken, nur die Papiere stecken in seiner Hemdtasche. Kpanguma Stevens, Flüchtlingsnummer 17 00 136, Camp Taima, Sierra Leone. Seit vier Jahren herrscht Frieden in Liberia, seit die Vereinten Nationen in dem westafrikanischen Land einmarschiert sind und dem schlimmen Regime des Diktators Charles Taylor ein Ende gemacht haben. Dennoch trauen sich viele erst jetzt nach Hause zurück.

In diesem Jahr wurden die Camps in Sierra Leone aufgelöst. Wer mit Unterstützung der internationalen Hilfsorganisationen über die Grenze wollte, musste sich einem Flüchtlingskonvoi anschließen. Stevens hat die Chance ergriffen: »Ich will in meinem Dorf neu anfangen.« Er weiß, dass sein Haus nicht mehr steht. Er hat es von Bekannten im Lager gehört. Das ganze Dorf soll dem Erdboden gleichgemacht worden sein. Wieder einmal.

1992 hatten die Truppen von Exdiktator Charles Taylor Stevens' Dorf das erste Mal angegriffen. Wer nicht fliehen konnte, wurde zwangsrekrutiert, vergewaltigt oder erschossen – wie Stevens Frau. »Wir hatten keine Wahl, wir mussten fliehen.« Zuerst gingen sie in ein Lager für sogenannte »internally displaced persons«, ein Camp für Binnenvertriebene im Norden des Landes. Nachdem Taylor die Macht übernommen hatte, beruhigte sich die Lage vor allem auf dem Land wieder, die Flüchtlinge kehrten in ihre Dörfer zurück. »Es stand nichts mehr. Kein einziges Haus«, berichtet Kpanguma Stevens.

Kaum hatten sie alles wieder aufgebaut und instand gesetzt – die Häuser, die Felder, die Brunnen –, da kehrte 2002 der Krieg zu ihnen zurück. Diesmal fielen Rebellengruppen aus Sierra Leone und Guinea in Liberia ein, mit dem Ziel, Taylor zu stürzen. Wieder wurde Stevens' Dorf zerstört, wieder flohen sie – diesmal außer Landes nach Sierra Leone.

Jetzt geht es zurück nach Liberia. 400 Flüchtlinge kehren an diesem Tag zurück. Sie alle warten im Transitlager Sinje, am Rande des Dorfes, nur wenige Kilometer hinter der Grenze. Auch die Welthungerhilfe ist mit einer Lkw-Ladung voller Hilfsgüter nach Sinje gefahren. Die Bonner Organisation verteilt dort zunächst landwirtschaftliche Geräte an die Rückkehrer.

Derek Frank, Projektleiter der Welthungerhilfe, ist seit Kriegsende im Land. »Die Zeit der Nothilfe ist eigentlich vorbei«, sagt er. Heute kümmert sich die Hilfsorganisation vor allem um den Bau und die Instandsetzung von Brunnen und Latrinen.

Auch Stevens und seine Mutter erhalten Unterstützung von der Welthungerhilfe: »Was wir hier bekommen, ist existenziell wichtig für uns, für unseren Neuanfang in Liberia.« Er weiß, wovon er spricht. »Die Menschen«, so Projektleiter Derek Frank, »wollen hier etwas verändern.« Kpanguma Stevens ist bei Weitem kein Einzelfall.

Gunnar Rechenburg ist freier Journalist in Köln.

LIBERIA

Seit Ellen Johnson Sirleaf die Amtsgeschäfte führt, geht es voran in Liberia. Die neue Präsidentin hat ihrem Volk große Versprechen gemacht, und zurzeit sieht es danach aus, als ob sie viele davon halten wird. Die ersten großen Investoren sind bereits in Monrovia vorstellig geworden. In manchen Teilen Liberias haben Geschäftsleute bereits begonnen, Straßen zu bauen, um die Bodenschätze abzutransportieren. Davon profitieren auch die Dörfer. Sorgen bereitet vielen Liberianern allerdings nicht die wirtschaftliche Situation, sondern die innenpolitische: Nach wie vor ist eine starke Fraktion von Getreuen des Expräsidenten Charles Taylor in der politischen Elite etabliert. Der Prozess gegen den ehemaligen Machthaber wurde im Juli 2007 in Den Haag eröffnet und nach nur zwei Tagen auf kommenden Januar verschoben.

»Es herrscht eine unglaubliche Aufbruchsstimmung«

Sein Job begann, als der Bürgerkrieg aufhörte: Der Frieden war erst einige Wochen alt, als **Derek Frank** für die Welthungerhilfe nach Liberia ging. Seit vier Jahren leistet der 35-jährige Kfz-Mechaniker und Diplom-Agrarwirt in dem westafrikanischen Land Wiederaufbauhilfe.

© Wernet

WELTERNÄHRUNG: Herr Frank, Sie haben vor vier Jahren Ihre Arbeit in Liberia begonnen, unmittelbar nach dem Krieg. Wie war die Situation im Land?

DEREK FRANK: In Monrovia war extrem viel zerstört, man konnte überall Exkämpfer und Rebellen sehen. In der Stadt standen Panzer, es gab Checkpoints der Vereinten Nationen.

Wie konnten Sie unter diesen Umständen in Liberia arbeiten?

Begonnen haben wir mit einem Schulspeisungsprojekt in Monrovia. Als nächster Schritt folgte dann die Verteilung von Saatgut und Werkzeug. Die Schwierigkeit dabei war, dass wir gar nicht wussten, wie viele Menschen in diesen Provinzen geblieben waren. Man sah fast keine Menschen, und so hatte man manchmal den Eindruck, man braucht eigentlich gar nicht mit der Verteilung anzufangen. Letztendlich gab es dann aber doch sehr viele Leute, die irgendwo im Busch überlebt hatten.

Die Menschen haben 14 Jahre Bürgerkrieg hinter sich, viele sind schwersttraumatisiert. Trauen die Menschen dem Frieden?

Ja, ich denke schon. Man hört die Menschen wieder lachen und fröhlich sein. Es sind viele Flüchtlinge mit großen Hoffnungen zurückgekommen, und man sieht überall kleine Geschäfte, man plant, man spart, man investiert. Es ist wirklich eine sehr schöne, sehr hoffnungsvolle Aufbruchsstimmung.

Wie schätzen Sie die Zukunft für Liberia ein?

Ich denke, die Lage im Land ist für hiesige Verhältnisse relativ stabil. Allerdings weiß ich nicht, was unter der Oberfläche geschieht. Es gibt immer noch viele Anhänger von Charles Taylor, und die Situation in den Nachbarländern Guinea und Elfenbeinküste ist weiterhin eher instabil, was dazu führt, dass die UN hier nach wie vor mit 15 000 Mann vertreten ist. Wenn die rausgehen, dann könnte es in der Region Probleme geben.

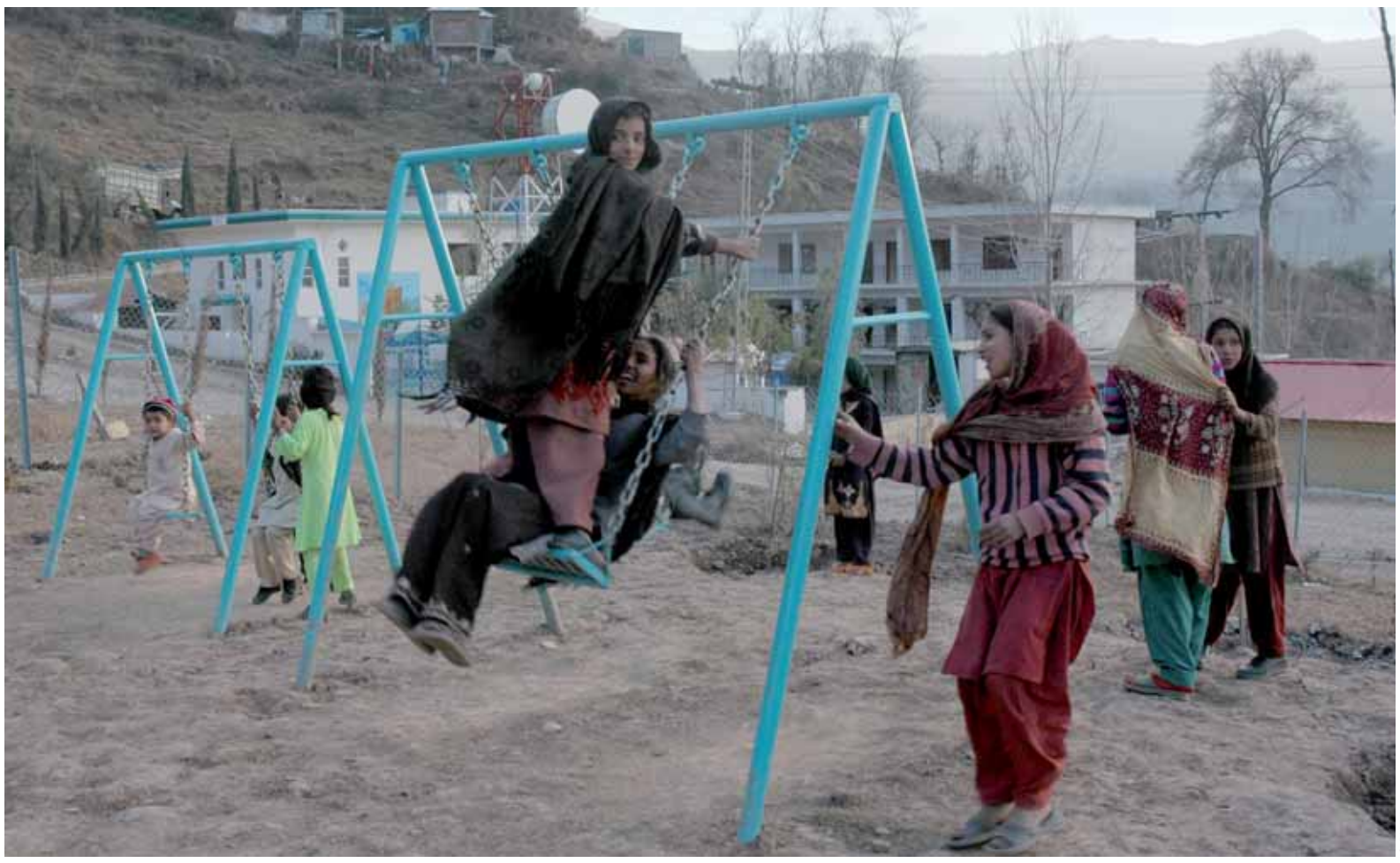
Das Interview führte Gunnar Rechenburg.

Ende einer Flucht: Fünf Jahre lang lebte Kpanguma Stevens mit seinen Kindern als Flüchtling in Sierra Leone.

© Rechenburg

Langzeitfolgen einer Katastrophe

Mit einem Traumaprojekt hilft die Deutsche Welthungerhilfe auch noch zwei Jahre nach der Katastrophe Erdbebenopfern in Pakistan



© DWHH

Spielen gegen die Angst: Das Projekt der Welthungerhilfe ist das einzige, das eine psychosoziale Betreuung der Opfer beinhaltet.

Als die Erde am 8. Oktober 2005 im Norden Pakistans bebte, reiste die Psychologin **Naima Hassan** kurz entschlossen ins Katastrophengebiet, um dort Hilfe zu leisten. Heute ist sie Leiterin des psychosozialen Programms der Welthungerhilfe und der Alliance2015-Partnerorganisation »People in Need« in Bagh.

© DWHH

WELTERNÄHRUNG: Das Erdbeben im Norden von Pakistan liegt zwei Jahre zurück. Wie ist die Situation derzeit in der Region?

NAIMA HASSAN: Die Lage ist nach wie vor angespannt. Viele warten noch immer auf Hilfe und Unterstützung. Wasser, Gesundheitsversorgung, Hygiene – all das sind Probleme, die noch nicht gelöst wurden. Es zeigt sich, dass die langfristige Arbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) sehr oft zu wünschen übrig lässt. Viele verlassen das Land, ohne ihre Arbeit vollständig getan zu haben, dann bleiben Menschen zurück, die noch nicht in der Lage sind, auf eigenen Füßen zu stehen.

In Bagh ist der Wiederaufbau der Häuser und Läden so gut wie abgeschlossen. Aber außerhalb der Stadt ist es alles andere als zufriedenstellend. Dort spielen die NROs daher eine wichtige Rolle, indem sie die Menschen wieder zurück ins Leben holen. Unser Programm ist das erste und einzige Projekt im Land, das psychosoziale Beratung und Betreuung für Erdbebenopfer anbietet.

Wie holen sie mit dem Projekt die Menschen zurück ins Leben?

Mein Team und ich bieten zum einen Beratungsgespräche in Camps oder in den Haushalten an. Wir versuchen so regelmäßig zu kommen, wie es geht, um möglichst schnell Fortschritte erzielen zu können. Zum anderen organisieren wir soziale oder kulturelle Veranstaltungen, damit die Leute auf andere Gedanken kommen. Und wir bieten zusätzlich zum Schulunterricht Beratung für Kinder und Jugendliche an.

Wenn wir feststellen, dass jemand medizinische Hilfe benötigt, stellen wir Kontakt zum örtlichen Krankenhaus her. Im Gegenzug kümmern wir uns, wenn es nötig ist, um die psychologische Betreuung der Krankenhauspatienten.

Was sind psychologisch gesehen die Hauptprobleme der Menschen?

Schlafstörungen, Angst, Lustlosigkeit, Aggressionen, Depressionen und viele mehr ...

Was hat sich in den vergangenen zwölf Monaten aus Ihrer Sicht getan?

Die Menschen wissen unterdessen, welche psychologische Wirkung die Katastrophe auf sie gehabt hat. Sie kennen den Grund für ihre emotionalen und psychischen Probleme und kommen zu uns, um Hilfe zu erhalten. Es hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass es unser Zentrum in Bagh gibt, und die Menschen kommen aus den entlegendsten Regionen zu uns.

Wie konnten Sie die Menschen in der Erdbebenregion von der Wirksamkeit des Projektes überzeugen?

Wir haben Kampagnen zur Aufklärung über die psychologischen Folgen und unsere Arbeit organisiert. Außerdem haben wir versucht, Menschen für uns zu gewinnen, die in den Gemeinden oder Dörfern Einfluss haben, wie Lehrer, gemäßigte Religionsgelehrte, Journalisten, aber auch Händler und Frisöre.

»Die Menschen kommen aus den entlegendsten Regionen in unser Zentrum.«

Trotzdem bleibt das Arbeitsfeld sensibel. Wo sehen Sie derzeit die größten Probleme?

Wir haben zu wenig Geld, um in allen drei Tehsils (Unterdistrikt – Anm. der Redaktion) des Distriktes Bagh Traumaarbeit leisten zu können. Wir können unser Personal nicht so aufstocken, dass wir alle Betroffenen beraten können, und es fehlt uns an Fahrzeugen, um überhaupt in die entlegenen Gebiete zu gelangen.

Wir bräuchten mehr Ressourcen, um uns speziell um die Belange der Frauen in der Region kümmern zu können. Ein weiteres Problem sind die sehr konservativen Strukturen. Die Männer erlauben ihren Frauen oft nicht, in unser Zentrum in Bagh zu kommen.

Und wie bekommen Sie dennoch Kontakt zu ihnen?

Für mich persönlich ist es nicht schwer. Als Frau haben sie schon die Möglichkeit, Kontakt aufzunehmen. Probleme machen aber oftmals die Familienmitglieder. Wir müssen das Vertrauen der gesamten Familie gewinnen, um mit den Betroffenen sprechen zu können und ihnen zu helfen.

Ihr erklärtes langfristiges Ziel ist ein psychosoziales Angebot in den Gemeinden selbst. Wie wollen Sie das erreichen?

Wir haben 14 lokale Kräfte zu Beratern und 23 zu örtlichen Gesundheitshelfern ausgebildet. Sie haben ein zweimonatiges Intensivtraining bekommen, jetzt werden sie jeden Monat zu einem bestimmten Themenschwerpunkt geschult. Ziel ist es, dass sie ihr Wissen in ihre Heimatdörfer tragen. Wenn die Menschen in den entlegenen Regionen jemanden im Dorf haben, der ihre Sprache spricht, dann fassen sie viel schneller Vertrauen und sind eher bereit, ihre Probleme zu thematisieren.

Wie haben Sie vor diesem Hintergrund Ihr Team zusammengestellt?

90 Prozent der Mitarbeiter stammen aus den drei Tehsils des Distriktes Bagh. Die Idee war, möglichst vielen Menschen aus der Region Arbeit zu geben. Fast alle sind selbst vom Erdbeben betroffen, viele auch psychisch. Es sind zu gleichen Teilen Männer und Frauen vertreten. Vier von ihnen sind ausgebildete Psychologen, alle anderen haben einen sozialwissenschaftlichen Hintergrund und Erfahrung in der humanitären Hilfe.

Die Beratungen bringen unweigerlich psychische Belastungen für die Helfer mit sich – wie schützen Sie das Team?

Wir versuchen, viel zu reden, unsere Erfahrungen auszutauschen. Regelmäßig fahren die Teammitglieder nach Hause oder unternehmen kleine Reisen, um sich etwas zu entspannen.

Es ist nicht selten, dass es Jahre nach einem Erdbeben genau in derselben Region erneut zur Katastrophe kommt. Wie bereiten Sie Menschen darauf vor?

Neben der Beratung klären wir über Erdbeben auf, deren Ursachen und die Früherkennung. Außerdem versuchen wir den Menschen klarzumachen, dass ein Erdbeben nicht göttliche Vergeltung für begangene Sünden ist. Die Menschen müssen informiert sein, Vorsorge treffen und es akzeptieren – wenn es denn kommt.

Das Interview führte Gunnar Rechenburg, freier Journalist in Köln.

Mehr Informationen unter:
www.welthungerhilfe.de/pakistan-hilfsprojekt-wiederaufb.html

PAKISTAN

Es war ein Beben der Stärke 7,6 auf der Richterskala, das kurz vor dem Wintereinbruch im Oktober 2005 die Menschen in den Nordprovinzen Pakistans überraschte. 3,5 Millionen Menschen waren von den Folgen der Katastrophe betroffen, 80 000 starben.

Aber: Schon vor der Katastrophe hatte Pakistan mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, insbesondere in den ländlichen Regionen. Armut, eine instabile Nahrungs- und Gesundheitsversorgung und ein mangelhaftes Bildungssystem führen dazu, dass das Land auf dem Human Development Index der Vereinten Nationen auf Platz 135 von insgesamt 177 rangiert. Das südasiatische Land gilt damit als eines der ärmsten der Welt.

Darüber hinaus steht Pakistan innenpolitisch vor einer Zerreißprobe: Der Einfluss radikal-islamischer Kräfte, vor allem aus dem benachbarten Afghanistan, nimmt zu. Die Menschen, so befürchten Experten, seien frustriert und ließen sich leicht von radikalen Kräften mobilisieren. Die »Talibanisierung« schreite somit auch in Pakistan voran.

Die Welthungerhilfe ist bereits seit 1997 in der Region tätig. Seit dem Beben engagiert sie sich verstärkt in der sogenannten North West Frontier Province, einer der ärmsten Regionen Pakistans. Die Welthungerhilfe ist eine der wenigen Nichtregierungsorganisationen, die im Erdbebengebiet in der Grenzregion zu Afghanistan tätig sind.

Schwerpunkte der Hilfe sind neben der Traumaarbeit die Instandsetzung der landwirtschaftlichen Flächen, die langfristige Versorgung mit Trinkwasser und die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten – vor allem für Mädchen.

© Unkel

Langer Schatten des Krieges: Afghanistan ist heute weit vom Frieden entfernt.

Dossier

Afghanistan schien kurz nach dem Sturz der Taliban auf dem Weg zum Frieden zu sein. Doch viele Hoffnungen wurden enttäuscht. Heute befindet sich das Land am Rand des Abgrunds. Etwa 5700 Menschen kamen 2007 bei Selbstmordanschlägen ums Leben, auch die Zahl der Entführungen hat drastisch zugenommen. Keine Gegend ist mehr sicher, die Regierung schwach, Kriminelle und bewaffnete Banden gewinnen an Einfluss. Hilfsorganisationen wie der Deutschen Welthungerhilfe fällt es unter diesen Umständen immer schwerer, die Not leidende Bevölkerung mit dringend nötigen Aufbauprojekten zu unterstützen.

Afghanistan am Rand des Abgrunds

Wegen steigender Gewalt und Kriminalität in allen Landesteilen ziehen immer mehr Hilfsorganisationen ihre Mitarbeiter ab

Egal ob einheimische Zivilisten, Soldaten unterschiedlichster Nationen, Journalisten oder Entwicklungshelfer: Jeder, der sich am Hindukusch aufhält, kann heute in die Gewalt krimineller Banden, Drogenhändler oder Fanatiker geraten. Auch die Deutsche Welthungerhilfe ist davon betroffen – zwei Mitarbeiter der Hilfsorganisation kamen Anfang 2007 bei Anschlägen ums Leben.

Von Rainer Glassner

Selbstmordanschläge sind zu einer schrecklichen Waffe in Afghanistan geworden. Terroristen versuchen auf diese Weise, die zaghaften Ansätze einer friedlichen Entwicklung in der Region zu zerstören. Ein blutiger Höhepunkt wurde 2007 erreicht – im Durchschnitt sprengte sich an jedem dritten Tag ein Selbstmordattentäter in die Luft. Insgesamt 5700 Menschen starben in ganz Afghanistan dieses Jahr durch Gewalt. Der schlimmste Anschlag seit dem Sturz der Taliban ereignete sich am 6. November 2007: Ein Selbstmordattentäter riss an diesem Tag mehr als 80 Menschen mit in den Tod, darunter auch 59 Schulkinder.

Betroffen sind von den Anschlägen vor allem Regierungsangestellte und Mitarbeiter der afghanischen Sicherheitskräfte. Insbesondere die afghanische Polizei verzeichnet hohe Verluste, die die Einsatzmoral schwächen. »Taliban« ist dabei in den Medien zu einer Art Etikett geworden, unter dem eine Vielzahl unterschiedlich motivierter Gruppen zusammengefasst werden. Tatsächlich zielen die Anschläge der Taliban vornehmlich auf Staatsvertreter und Sicherheitskräfte ab, ob national oder international. Darüber hinaus ist jedoch die Kriminalität zu einem Hauptproblem geworden. Lokale Bandenführer, die Kapital aus der Situation schlagen, versetzen die Bevölkerung in Angst und grenzen den Aktionsraum der Hilfsorganisationen erheblich ein. Auch die Zahl der Entführungen hat stark zugenommen, wobei ein großer Teil der Entführten afghanische Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen sind.

Wie groß das Ausmaß der Gewalt geworden ist, musste die Welthungerhilfe Anfang 2007 erfahren: Der deutsche Ingenieur Dieter Rübling wurde in der Nähe von Saripul, der afghanische Fahrer Abdul Hadi bei Kunduz ermordet. Die Gründe für die Morde bleiben im Dunklen. Generell sind Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan eigentlich keine Ziele für Attentate. Tatsächlich lassen sich solche Morde in den meisten Fällen eher auf Kriminelle, persönliche Feindschaften und Machtkämpfe zurückführen als auf organisierte Aktionen der Taliban. Auch regional wird die Lage zunehmend unübersichtlich. Keine Gegend in Afghanistan ist mehr sicher. Im Norden, dem Einsatzgebiet der deutschen Truppen, wo Ansätze einer positiven Entwicklung zu erkennen waren, häufen sich die Aktivitäten bewaffneter Regierungsgegner. Mancherorts erlangen die Taliban sogar die Kontrolle über ganze Distrikte.

Die Aufbruchstimmung und die großen Hoffnungen sind der Ernüchterung gewichen.

Dies führt zu einer großen Verunsicherung unter der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass sich die Lebensumstände nicht so schnell wie erwartet verbesserten. Viele Afghanen stehen deshalb der Regierung unter Präsident Karzai ablehnend gegenüber. Auch Fehler im Staatsaufbau, die wachsende Korruption und der große Einfluss der Warlords haben zu einer extremen Schwächung der Regierung geführt. Die Aufbruchstimmung und die großen Hoffnungen, die in den zivilen Wiederaufbau gesetzt wurden, sind der Ernüchterung gewichen. Große Teile der Bevölkerung lassen sich in dieser Situation leicht für politische Zwecke instrumentalisieren.

Die Unsicherheit ist ein Grund, weshalb Wiederaufbau und Entwicklung so schwierig sind – ein effektives Monitoring, Beratungs- sowie Mobilisierungsmaßnahmen können vor Ort nur noch sehr bedingt geleistet werden. Ein weiterer Grund ist die mangelhafte Koordination der Geldgeber: Seit der Vertreibung der Taliban wurde keine umfassende und abgestimmte Strategie zum Wiederaufbau zustande gebracht. Vielmehr definierten die Geldgeber ihre Förderbereiche nach eigenen Prioritäten. Wegen der schwachen Regierung und der ausgeprägten Korruption kommt das Geld oft zu spät und nicht an der richtigen Stelle an.

Viele Hilfsorganisationen ziehen zurzeit ihr Personal aus den Hochrisikogebieten ab, müssen ihre Projekte aussetzen oder erheblich einschränken. Hiervon sind vor allem der Süden und Südosten betroffen. Dort ist der Bürgerkrieg, in dem sich Afghanistan befindet, am schlimmsten. Die Welthungerhilfe kann ihre Arbeit nur da fortsetzen, wo sie ein Mindestmaß an Sicherheit für ihre eigenen Leute gewährleistet sieht. Und das ist in immer weniger Gebieten der Fall.

Rainer Glassner ist Associate Fellow des Instituts für Entwicklung und Frieden und freischaffender Berater mit Schwerpunkt Afghanistan.

LITERATURTIPP

Afghanistan ist ein faszinierendes Land voller Gegensätze. Die Deutsche Welthungerhilfe engagiert sich dort bereits seit Jahren. Unter anderem fördert sie den Aufbau der Infrastruktur, Wasserversorgung und Landwirtschaft. Eine neue Broschüre stellt die Arbeit der Welthungerhilfe vor, zeigt Entwicklungschancen und vermittelt einen anschaulichen Eindruck von Land und Leuten.

Interessierte können die Broschüre gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro per E-Mail bestellen unter: info@welthungerhilfe.de oder per Telefon: (0228) 22 88-127.

Keine andere Wahl

Viele afghanische Bauern überleben nur durch Schlafmohnanbau; um ihn zu verringern, muss sich die Wirtschaft umstellen

Von Rainer Glassner
und Patricia Summa

Opiumanbau und Sicherheit sind in Afghanistan untrennbar miteinander verbunden: Wo der Staat zu schwach ist, herrschen optimale Bedingungen für die Drogenproduktion. Und dort, wo der Opiumanbau vorherrscht, hat der Staat kaum Chancen die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren. Der Drogenanbau und seine Bekämpfung stehen oft im Zentrum der Diskussionen, wenn es um den Wiederaufbau von Afghanistan geht. Doch einfache Lösungen sind trügerisch.

Schlafmohnprodukte, Opium und Heroin, bilden nach wie vor die Hauptstütze der afghanischen Exportwirtschaft. Rund 14 Prozent der afghanischen Bevölkerung sind direkt am Anbau von Mohn beteiligt. Die Erlöse aus dem Anbau stehen jedoch nur für 20 Prozent des Gesamtwertes. Opium ist nicht nur ein illegales Agrarerzeugnis, sondern steht für eine ganze Industrie.

Viele Afghanen verdienen über die Kultivierung und Ernte hinaus, direkt oder indirekt. Auch ein wichtiger Teil der Kaufkraft, die wiederum die legale Wirtschaft stützt, entspringt in Afghanistan der Drogenökonomie. Im Laufe der Kriegsjahre wurde Opium sogar zu einer Art Ersatzwährung, über die ein Mikrokreditwesen organisiert wurde. Und weil Anbau und Ernte so aufwendig sind, schaffen die Kapseln mit dem gefährlichen Stoff mehr Arbeitsplätze als beispielsweise der Weizenanbau.

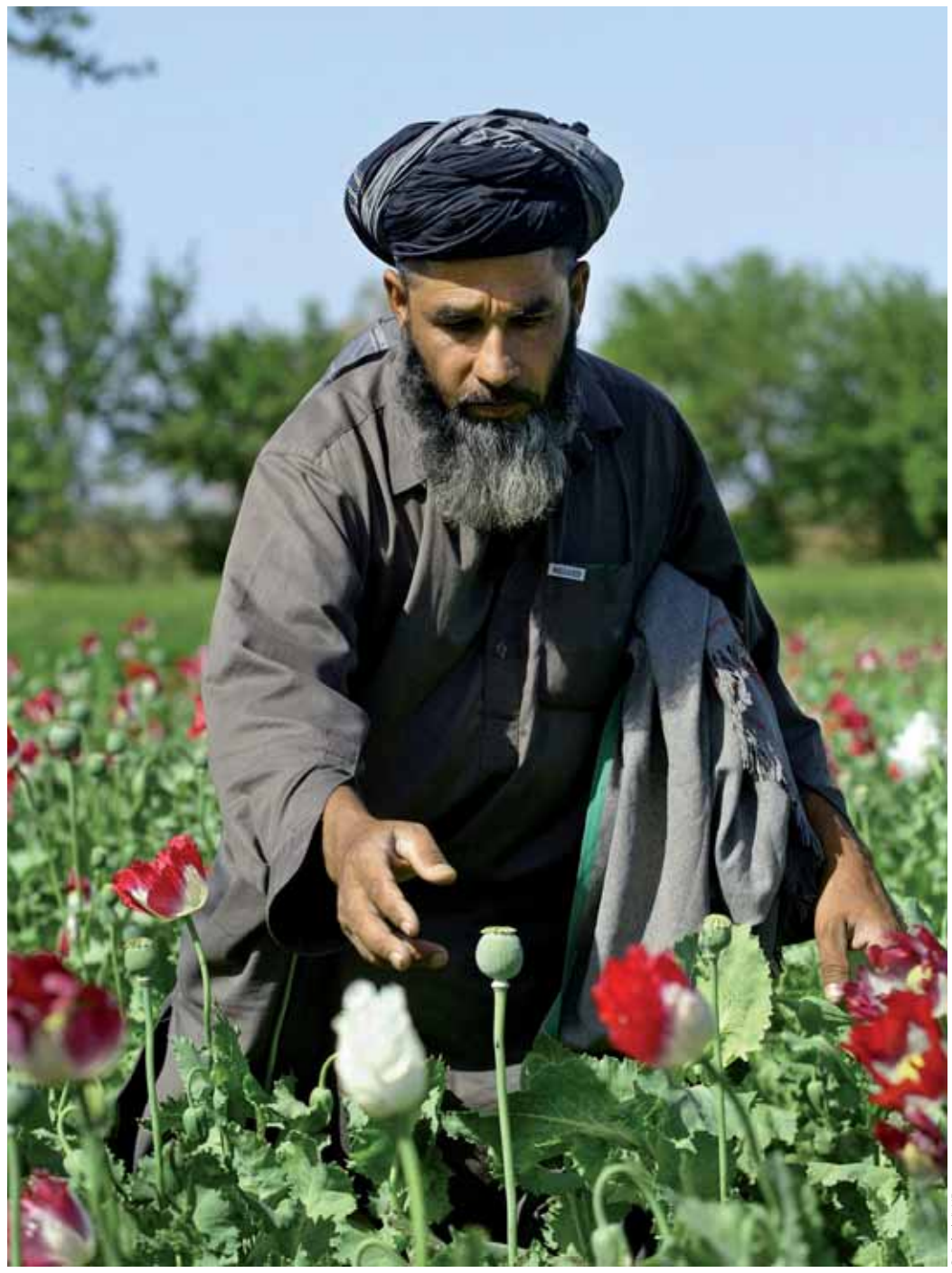
Gift auf Mohnfelder

Eine neue US-Strategie sieht nun vor, die Felder durch Herbizide und Pestizide zu vernichten, wie dies bereits in anderen Ländern, beispielsweise in Kolumbien, praktiziert wurde. Doch dieses Vorgehen wird zu einer weiteren Destabilisierung des Landes führen, denn die Menschen haben nicht nur Angst vor den gesundheitlichen Folgen durch die Chemikalien, sondern auch davor, ihre Einkommensmöglichkeiten zu verlieren. Demonstrationen und ein verstärkter Widerstand der Drogenbarone sind zu beobachten. Starke, lokale Bandenführer (sogenannte Warlords), schwach ausgeprägte Staatsorgane und eine zunehmend schlechtere Sicherheitslage, gepaart mit einer enttäuschten Bevölkerung und gespannten politischen Verhältnissen erschweren die Bekämpfung des illegalen Anbaus zusätzlich.

Existenzen zerstört

Betroffen von Vernichtungsmaßnahmen sind vor allem die ärmsten Teile der Bevölkerung: Bauern, die auf Pachtland wirtschaften, Familien, die in unfruchtbaren Gegenden auf kleinsten Ackerflächen ein Auskommen fristen und Tagelöhner, die während der Opiumernte einen Großteil ihres Jahreseinkommens verdienen.

Jegliches Vorgehen betrifft somit eine große Anzahl von Menschen, deren Lebensgrundlage auf dem Anbau von Opium basiert. Die Fokussierung auf den Stopp des Opiumanbaus lenkt zudem vom eigentlichen Faktor ab, der zu Korruption und Instabilität in Afghanistan beiträgt: dem Drogengeld. Selbst wenn eine Provinz schlafmohnfrei geworden ist, wird sie weiterhin vom Drogengeld überschwemmt. Und die Bewohner verdienen auch ohne den Anbau des Schlafmohns an seiner Verarbeitung zu Heroin oder am Schmuggel nach Europa und Amerika. Eine Drogenbekämpfung, die auf großflächige Vernichtung von Anbauflächen setzt, bewirkt somit lediglich eine Verlagerung des Anbaus in unsichere Gebiete und führt zu einer Wertsteigerung des Opiums.



© Polaris/LAIF

Lebensgrundlage: Drogen, die auf der Grundlage von Schlafmohn hergestellt werden, sind wichtige Stützen der afghanischen Wirtschaft. Die Zerstörung der Felder vernichtet Existenzen, ihr Erfolg ist umstritten.

Kurzfristiger Effekt

Außerdem ermöglicht es bewaffneten Regierungsgegnern, sich als Schutzmacht der armen Bauern und Erntehelfer zu präsentieren und so große Teile der Bevölkerung hinter sich zu bringen. Dies führt in der Folge zu einer stärkeren Hinwendung der Kleinbauern und Händler zu korrupten Regierungsvertretern und den Taliban. Eine Unterstützung dieser Bewegung durch die Bevölkerung erfolgt aber weniger aus ideologischen als aus wirtschaftlichen Gründen, da die Opiumbauern gezwungen sind, die Ernährung der Familie zu sichern. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, wäre eine gravierende Verschlechterung der Sicherheitslage das sichere Resultat.

Die Verringerung der Drogenproduktion ist daher allenfalls nur sehr kurzfristig über die Vernichtung von Schlafmohnfeldern zu erreichen – und ist mit einer Vielzahl negativer Konsequenzen sowohl für die allgemeine Sicherheitslage als auch für die Grundversorgung der afghanischen Bevölkerung verbunden.

Sicherheit am wichtigsten

Letztendlich können nur politische und menschliche Sicherheit, nachhaltiges und gerecht verteiltes, wirtschaftliches Wachstum sowie die Entwicklung starker Institutionen die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um den Opiumanbau zu eliminieren.

Zudem ist der oft kolportierte Glaube, durch eine Drogenbekämpfung am Hindukusch sei das Drogenproblem in unserer Gesellschaft zu lösen, ein Trugschluss. Denn diese Betrachtungsweise verkennt die Austauschbarkeit der Lieferanten. Das Geschäft mit Drogen bleibt so lange lukrativ, so lange ein Markt besteht, der jeden Preis zu zahlen bereit ist.

Diplom-Geograf Rainer Glassner ist Associate Fellow des Instituts für Entwicklung und Frieden. Patricia Summa ist Mitarbeiterin der Welthungerhilfe in Bonn.

PROJEKT

Rosen statt Drogen in Nangarhar

Die Provinz Nangarhar liegt beim Mohnanbau in Afghanistan auf Platz zwei. Landlosigkeit, Verschuldung, Abhängigkeit von Geldverleihern und den Drogenbaronen haben dazu geführt, dass eine Mehrzahl der Bauern Schlafmohn anbaut. Das dadurch erzielbare Einkommen ist um ein Vielfaches höher als beim Anbau von Weizen. Um die Einkommens- und Ernährungssituation der Bauern in Nangarhar unabhängig vom Opium zu verbessern, werden mit Unterstützung der Welthungerhilfe Rosen angebaut und vermarktet. Über 200 Kleinbauern pflanzen auf 32 Hektar Damaszener Rosen an, die dann in drei Destillen zu Rosenwasser, Rosenöl und anderen Rosenprodukten weiterverarbeitet werden. Da diese organisch produzierten Produkte auf dem internationalen Markt einen hohen Verkaufserlös erzielen, sind sie eine realistische Alternative zum Mohnanbau. Allerdings ist der Markt sehr eingeschränkt, weshalb die Rosenproduktion nur für eine begrenzte Anzahl von Bauern eine realistische Alternative sein kann. Die Förderung alternativer Anbauprodukte ist allerdings nur ein Schritt in die richtige Richtung, um die Abhängigkeit der Bauern von den Drogenbaronen abzubauen. Und diese Alternativen brauchen Zeit, um sich zu bewähren. Denn Mohnanbau ist erprobt und dient auch der Risikominimierung. Wenn die Versorgung der Familie auf dem Spiel steht, wird kaum ein Bauer seine bisherige Einkommensstrategie vollständig umwerfen. Vielmehr muss er Vertrauen in die neuen Möglichkeiten fassen. Seit 2004 wirbt die Welthungerhilfe mit ihrem Rosenprojekt um dieses Vertrauen. Wie alles in Afghanistan braucht es einen langen Atem, Sicherheit und ein funktionierendes Rechtssystem, damit sich solche viel versprechenden Ansätze auch wirklich durchsetzen können.

© Struthoff

Neue Arbeit: In drei Destillen werden die Rosenblätter zu Rosenöl, Rosenwasser oder anderen Rosenprodukten verarbeitet.

© Meissner

Gemeinsame Zukunft: Einheimische Mitarbeiter sollen zukünftig noch mehr Verantwortung bei Projekten der Welthungerhilfe übernehmen.

Den Dialog fördern

Bei Projekten in Afghanistan wird die Welthungerhilfe stärker die Bevölkerung einbeziehen

Aufgrund der zunehmend schwieriger werdenden Sicherheitslage in Afghanistan sah sich die Deutsche Welthungerhilfe im vergangenen Jahr gezwungen, ihre Arbeit vor Ort zu überdenken. In den vergangenen Monaten wurde deshalb ein neues Konzept erarbeitet, damit die Arbeit weiterhin wirkungsvoll und mit dem größtmöglichen Maß an Sicherheit für entsandtes und lokales Personal fortgesetzt werden kann.

Von Dr. Hans-Joachim Preuß

Gute Nachrichten aus Afghanistan sucht man vergeblich, wenn man Tageszeitungen durchblättert, das Fernsehen einschaltet oder im Internet surft. Seit etwa einem Jahr sieht es so aus, als ob alle nationalen und internationalen Bemühungen um den Wiederaufbau vor dem Scheitern stünden, als ob lediglich eine militärische Lösung das Wiedererstarken der Taliban verhindern könnte. Tatsächlich haben die militärischen Auseinandersetzungen zugenommen, werden neben bewaffneten Oppositionellen häufig Zivilisten verletzt und getötet, sodass die Akzeptanz der ausländischen Mission zunehmend gefährdet ist.

Auch für internationale humanitäre Organisationen hat sich die Sicherheitslage erheblich verschlechtert. So musste die Welthungerhilfe im Frühjahr dieses Jahres zwei Todesfälle im Norden des Landes beklagen. Auch andere Entwicklungsorganisationen waren mit ähnlichen Vorfällen konfrontiert; nicht wenige zogen sich ganz aus Afghanistan zurück.

Die Welthungerhilfe reagierte zunächst mit einem sechsmonatigen Moratorium: laufende Programme wurden zu Ende geführt oder an andere Helfer übergeben, neue Projekte auf Eis gelegt und die Zahl der Mitarbeiter reduziert. Das halbe Jahr wurde genutzt, um das Engagement gründlich und selbstkritisch zu überdenken und eine neue Strategie zu erarbeiten.

So hat die Welthungerhilfe – ebenso wie andere staatliche und nicht staatliche Akteure – die Entwicklung Afghanistans nach 2001 zu optimistisch beurteilt. Doch ist die Leistungsfähigkeit staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Strukturen nach wie vor gering und bedarf noch längere Zeit der Unterstützung von außen, wenn entwicklungspolitische Vorhaben kompetent, effizient und in angemessener Zeit durchgeführt werden sollen.

Umstieg erfolgte zu schnell

Nach dem Ende der Talibanherrschaft hat die Gebergemeinschaft erhebliche Finanzmittel für den Wiederaufbau Afghanistans zur Verfügung gestellt, die die bisherige externe Unterstützung vervielfachte. Verbunden mit der Förderung war der Wunsch, innerhalb kurzer Zeit sichtbare Ergebnisse vorzuweisen. Heute lässt sich konstatieren, dass der Umstieg von Nothilfeoperationen und Wiederaufbaumaßnahmen auf komplexe Projekte der Entwicklungszusammenarbeit auf falschen Annahmen über Reformbereitschaft, Veränderungsgeschwindigkeit und Qualifikationsniveau staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen basierte und zu schnell erfolgte.

Insgesamt ist festzustellen, dass beim verstärkten Engagement der internationalen Gemeinschaft nach 2001 die Programme und Projekte zu ehrgeizig, zu komplex und zu wenig flexibel gestaltet wurden. Demokratisierungsprozesse in ländlichen Gebieten oder auch die Stärkung der Rechte von Frauen, um nur zwei Beispiele zu nennen, sind schwierige und sensible Prozesse, die Zeit brauchen.

Angesichts des enormen Bedarfs an humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit wird die Welthungerhilfe ihr Engagement in Afghanistan fortsetzen. Sie wird die strategische Ausrichtung ihrer Arbeit in Afghanistan stärker als bisher den vorgefundenen und sich verändernden Rahmenbedingungen im Land anpassen, um ihre Arbeit wirkungsvoll, bedarfsorientiert und mit dem größtmöglichen Maß an Sicherheit für entsandtes und lokales Personal fortsetzen zu können. Dazu gehören vor allem mehr Zeit, mehr Geduld und ein größerer Respekt für Werte und Normen der afghanischen Gesellschaft.

Dabei wird sich die Welthungerhilfe auf zwei Bereiche ländlicher Entwicklung konzentrieren: Basisinfrastruktur (zum Beispiel Trinkwasser, Bewässerung, Straßenbau, Gemeinschaftseinrichtungen) und Landwirtschaft/Ernährungssicherung einschließlich der dazugehörenden Beratungs- und Mobilisierungsmaßnahmen. Dabei gründen sich die Projekte, wo immer es möglich ist, auf vorhandene lokale Strukturen. Konsequent wird darauf geachtet, dass sich die Bevölkerung mit eigenen Leistungen beteiligt. Die Welthungerhilfe steht zu den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung und will soziale und gesellschaftliche Veränderungen durch zivilgesellschaftliches Engagement und Teilhabe an politischen Prozessen anstoßen. Freilich sind solche Projekte an Voraussetzungen gebunden, die derzeit nur an wenigen Standorten gegeben sind. Besonders gut eignen sich Anschlussmaßnahmen an erfolgreich durchgeführte Projekte, wenn Erhalt und Fortführung der erreichten Entwicklungsschritte eine intensive Zusammenarbeit mit und die Förderung von Selbsthilfegruppen erfordern.

WELTHUNGERHILFE

Seit 1980 ist die Deutsche Welthungerhilfe ohne Unterbrechung in Afghanistan tätig. Zunächst wurden afghanische Flüchtlinge an der Grenze zu Pakistan versorgt, 1992 wurde ein Rahmenabkommen zur Zusammenarbeit mit der damaligen Regierung geschlossen. Insgesamt wurden bisher etwa 100 Projekte im Volumen von 75 Millionen Euro durchgeführt. Schwerpunkte der Arbeit liegen im Norden und Osten. Die Organisation konzentriert sich dabei auf die ländliche Infrastruktur wie Trinkwasserversorgung, Bewässerungssysteme, Ernährungssicherung sowie Umwelt- und Erosionsschutz. Außerdem führt sie Projekte zur kommunalen Dorfentwicklung sowie zur Schaffung von alternativen Einkommensmöglichkeiten für Opiumbauern durch.

Mehr Verantwortung

Die Einbindung von nationalen Nichtregierungsorganisationen ist ein langer und arbeitsintensiver Prozess. Die Profile der internationalen Mitarbeiter werden sich künftig stärker vom Management von Projekten und Programmen hin zum Aufbau nationaler Nichtregierungsorganisationen und zur Organisationsentwicklung verändern. Die Welthungerhilfe wird die Kapazitäten der afghanischen Mitarbeiter so fördern, dass sie Projekte selbstverantwortlich planen und umsetzen können. Dazu ist es notwendig, dass mehr und systematischer als bisher in deren Qualifizierung und Weiterbildung investiert wird.

Weiterbildung wird notwendig sein, um das lokale Personal für neue Aufgaben zu qualifizieren. Da der Aktionsraum der internationalen Mitarbeiter aufgrund der Sicherheitslage zeitweise stark eingeschränkt ist, müssen afghanische Mitarbeiter mehr Verantwortung und zusätzliche Aufgaben übernehmen, zum Beispiel beim Monitoring. Personalentwicklung und -betreuung werden ausgebaut. Vor allem in den ländlichen Regionen, in denen die Welthungerhilfe arbeitet, wird sie einen kontinuierlichen partnerschaftlichen Dialog mit der Bevölkerung, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie politischen, traditionellen und religiösen Autoritäten vorantreiben. Dieser Dialog geht in zwei Richtungen: Einerseits sollen sich die Projekte stärker am Bedarf der Bevölkerung orientieren und wesentliche Interessengruppen in Planung und Verwirklichung der Maßnahmen einbezogen werden. Andererseits wird nach außen deutlich herausgestellt, dass die Welthungerhilfe unabhängig arbeitet und sich die Inhalte ihrer Arbeit nicht durch die Konzepte politischer oder militärischer Akteure vorgeben lässt.

Der intensive und teilweise öffentliche Dialog mit militärischen Strukturen wie ISAF, Bundeswehr und NATO sowie den außen- und entwicklungspolitisch aktiven Ressorts der Bundesregierung ist notwendig, um die Besonderheiten einer humanitär arbeitenden Organisation – Unabhängigkeit und Unparteilichkeit – zu verdeutlichen und politische und öffentliche Unterstützung für ihre Anliegen zu mobilisieren.

Die Welthungerhilfe hält Distanz zu politisch oder sicherheitspolitisch ausgerichteten Programmen und Projekten und stellt im Dialog mit der afghanischen Bevölkerung das Mandat der Organisation zur Bekämpfung von Hunger und Armut eindeutig heraus. Sie macht deutlich, auf welchen Prinzipien ihre humanitäre und entwicklungspolitische Arbeit gründet. Wir respektieren andere gesellschaftliche Entwürfe und akzeptieren die Selbstbestimmung der Menschen, mit denen und für die wir arbeiten.

Dr. Hans-Joachim Preuß ist Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe.

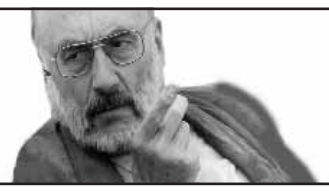
Mehr Informationen unter:

www.welthungerhilfe.de/afghanistan-entwicklungshilfe.html

www.welthungerhilfe.de/afghanistan-strategiewechsel.html

Die Klimakatastrophe kommt

Wassermangel einerseits, steigende Meeresspiegel andererseits: Schon jetzt sind die Folgen des Klimawandels weltweit zu spüren



Reinold E. Thiel ist freier Journalist und Autor. Von 1971 bis 1989 arbeitete er für Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika und Nahost. Von 1992 bis 2003 war er Chefredakteur der Zeitschrift »Entwicklung und Zusammenarbeit«. In der »Welternährung« kommentiert er regelmäßig kontroverse Themen.

Afrika, der am wenigsten industrialisierte Weltteil, trägt nur minimal zum Ausstoß von Treibhausgasen bei, wird aber am stärksten unter dem daraus resultierenden Klimawandel zu leiden haben: In einem Teil des Kontinents gibt es weniger Wasser in den Flüssen, die Wüsten breiten sich aus, im anderen Teil kommt es zu schlimmen Überschwemmungen. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser wird noch schwieriger werden als heute, Krankheiten wie Malaria werden mehr Opfer fordern. In der Deklaration von Tunis, beim Klimagipfel der afrikanischen Staaten Mitte November, wurden Stimmen laut, wie diesen drohenden Gefahren zu begegnen sei. Afrika, der Kontinent der Armut, braucht eine enorme Aufstockung der Mittel zur Anpassung an den Klimawandel. Aber dabei geht es nicht nur um die Verringerung des CO_2-Ausstoßes, sondern vor allem um Maßnahmen, die dessen Auswirkungen begegnen: Anpassung der Landwirtschaft, vor allem der Bewässerungssysteme, Deichbau, Umsiedlungen, Sicherung der Wasserversorgung, Ausbau des Gesundheitswesens.

Die Autoren der Deklaration weisen auf eine Konsequenz der neu vorliegenden Klimastudien hin, die noch kaum ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen ist: Es genügt nicht mehr, die Verringerung oder Stabilisierung der Emission von Treibhausgasen anzustreben, man muss vielmehr davon ausgehen, dass die schlimmen Folgen tatsächlich eintreten, und für diesen Fall müssen die Aktionspläne Vorsorge treffen.

Der Klimawandel ist längst unumkehrbar geworden. Nach einem Bericht des Weltenergierats, der ebenfalls im November vorgelegt wurde, wird sich bis 2030 die globale Energienachfrage um 40 Prozent erhöhen, bis 2050 sogar verdoppeln. Der Energiehunger in den neuen Industrieländern, China und Indien an der Spitze, ist ungeheuer. Eine solche Steigerung macht alle Einsparungen, die an anderer Stelle durch höhere Energieeffizienz oder Einsatz von erneuerbaren Energien bewirkt werden, zunichte. Der CO_2-Ausstoß wird auf jeden Fall weiter anwachsen. Was das bedeutet, hat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon bei der letzten Sitzung des Weltklimarats (IPCC) ausgesprochen: Dieses Szenario ist »so beängstigend wie ein Science-Fiction-Film – umso beängstigender, weil es real ist«.

Treibhausgase – sind sie wirklich die einzigen Verursacher der globalen Erwärmung? Es hat auch in früheren Perioden der Erdgeschichte Wärme- und Kältephasen gegeben. Vor drei Millionen Jahren, im Pliozän, lag die mittlere Temperatur um zwei bis drei Grad über der heutigen, der Meeresspiegel war 25 bis 35 Meter höher. Vor 120 000 Jahren war es durchschnittlich um ein Grad wärmer als heute, der Meeresspiegel um zwei bis sechs Meter höher. Das Ende der letzten Eiszeit liegt erst 10 000 Jahre zurück, damals war die Nordsee so weit abgesunken, dass man zu Fuß nach England gehen konnte. Von Menschen verursachten Kohlendioxydausstoß gab es nicht, schuld waren Aktivitätszyklen der Sonne, Veränderungen der Erdbahngeometrie und vulkanische Aktivitäten. Von der kleinen Eiszeit im 16. und 17. Jahrhundert zeugen die zahlreichen Winterbilder der holländischen Maler, in manchen Jahren konnte man über das Eis der Ostsee von Mecklenburg nach Schweden mit der Kutsche fahren. Das jetzige Klima ist kein naturgegebenes Optimum, es ist nur das, woran wir gewöhnt sind. Natürliche Ursachen spielen mit Sicherheit auch jetzt bei der Erderwärmung eine Rolle, und sie können wir nicht beeinflussen. Aber wir tun alles, um die durch Naturkräfte verursachte Erwärmung durch die Verbrennung fossiler Kraftstoffe zu verschlimmern.

Welche der Ursachen auch immer überwiegen: Die Folgen sind verheerend. Die Gletscher der Alpen, der Anden, des Himalaya schmelzen ab. In denen des Himalaya entspringen die größten Flüsse Ost- und Südasiens: Hoangho, Jangtsekiang, Mekong, Irrawaddy, Brahmaputra und Indus. Wenn im Winter die Gletscher die Niederschläge nicht mehr als Eis speichern, haben im Sommer hunderte Millionen Menschen kein Wasser mehr. Manche der Flüsse, etwa der Hoangho, sind schon jetzt im Sommer fast ausgetrocknet. China und Südostasien müssen eine völlig neue Strategie für ihren Umgang mit dem Flusswasser entwerfen. Und auch wir in Europa müssen es, wenn Rhein, Rhône und Po ihrer Vorräte verlustig gehen.

Egal welche Ursachen überwiegen: Die Folgen der Erderwärmung sind verheerend.

Einige Länder sind zugleich vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht: die Mündungsgebiete von Ganges und Brahmaputra in Bangladesch, des Nil in Ägypten, der Rhône in Frankreich und des Po in Italien liegen so niedrig, dass ein Anstieg um einen Meter große Gebiete überfluten würde, dazu viele der pazifischen Inselstaaten und der deutschen Halligen. In Ägypten wohnen zwölf Millionen Menschen nicht höher als 50 Zentimeter über dem Meeresspiegel, in Bangladesch 17 Millionen unter der Ein-Meter-Marke. Um 18 Zentimeter ist der Meeresspiegel im 20. Jahrhundert bereits gestiegen. Auch das Rheindelta und weitere große Teile der Niederlande wären gefährdet, wenn die Niederländer nicht schon jahrhundertelange Erfahrung mit dem Schutz tief gelegenen Landes hätten, als Weltmeister im Damm- und Wasserbau. Von ihnen könnten manche der Länder lernen, andere – einige der Inselstaaten, große Teile von Bangladesch, das von den Flüssen wie vom Meer bedroht wird – müssen wohl evakuiert werden. Dass die Wüsten sich ausdehnen, nimmt China besonders empfindlich wahr: Die Sandstürme aus der Wüste Gobi werden immer verheerender. Ostern 2006 gingen geschätzte 300 000 Tonnen Sand und Staub über Peking nieder, der Stadt, in der 2008 die Olympischen Spiele stattfinden sollen. Eine Studie des UN-Umweltprogramms (UNEP) stellte 2004 fest, dass Nordostasien fünfmal häufiger als vor 50 Jahren von Sandstürmen heimgesucht wird. China gehört allerdings auch zu den Ländern, die sich der Notwendigkeit umfassender Maßnahmen bewusst sind. Mitte der Achtzigerjahre begann in China ein riesiges Aufforstungsprogramm, um die Wüstenbildung einzudämmen. Bis heute sind 46,7 Millionen Hektar aufgeforstet worden, der Anteil der Waldfläche ist von 8,6 auf 16,5 Prozent gewachsen. Aber die Eindämmung der Wüsten ist eine Jahrhundertaufgabe.

In China hat auch eine neue Ära des Wassermanagements begonnen. Der wasserarme Hoangho soll über ein riesiges Kanalsystem mit Wasser aus den südlicher gelegenen Flüssen aufgefüllt werden, damit Peking nicht verdurstet. Das hat dem Land den Tadel von Umweltschützern eingetragen, die den Eingriff in die Natur nicht billigen wollen. Und natürlich muss die erste Maßnahme sein, mit dem Wasser – wie mit allen natürlichen Ressourcen – sparsamer umzugehen. Aber ein Blick nach Usbekistan zeigt, welches Dilemma mit solchen Ratschlägen verbunden ist: Der Aralsee ist dabei, auszutrocknen, er hat bereits jetzt 44 Prozent seiner Fläche und 90 Prozent seines Wasservolumens verloren. Gespeist wird er von Amudarja und Syrdarja, deren Wasser für den Baumwollanbau abgeleitet wird. Baumwolle ist aber das einzige bedeutende Ausfuhrprodukt des Landes. Was Usbekistan braucht, ist nichts weniger als ein völliger Umbau seiner Wirtschaft. Und China hat nur die Wahl, Peking umzusiedeln oder dem Hoangho Wasser zuzuführen.

Yvo de Boer, Leiter des UN-Klimasekretariats, hat bei der Konferenz in Tunis erklärt, dass die Mittel für die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels völlig unzureichend sind. Und dass die Debatte, die sich bisher auf eine Eindämmung der Treibhausgase konzentriert, sich mit Nachdruck der Hilfe bei der Bewältigung der Folgen zuwenden muss. Die armen Länder, die in erster Linie betroffen sind, können diese Folgen nicht allein bewältigen, sie brauchen unsere Hilfe. Es wird Zeit, dass wir das erkennen.

© Kaufhold

Letzter Halt: Um ihren kargen Boden zu sichern, legen Bauern beim Dorf Diombole in Mali kleine Erdwälle als Errosionsschutz an. Die Wüstenbildung schreitet in großen Teilen Afrikas voran.

Das Schlimmste überstanden

Als im September der Hurrikan »Felix« Nicaragua verwüstete, blieb im Norden dank Katastrophenvorsorge Schlimmeres aus

Die diesjährige Regenperiode in Nicaragua entsprach den düstersten Warnungen der Experten zum Klimawandel. Ein Hurrikan und 50 Tage Dauerregen zerstörten große Teile der Ernte. Die Food and Agriculture Organization (FAO) warnt vor einer Hungersnot. Einziger Lichtblick: Die Katastrophenvorsorge hat diesmal dank der Deutschen Welthungerhilfe funktioniert. Projektleiter Jürgen Schmitz erklärt, wie eine lokale Vorsorge zugleich die »Entwicklung von unten« voranbringt.

Von Matthias Knecht

© Bolesch

Rechtzeitig geübt: Von der Welthungerhilfe ausgerüstete Rettungsbrigaden hatten vor dem Sturm die Evakuierung von Verletzten geprobt.

Es sieht übel aus«, sagt Jürgen Schmitz von der Deutschen Welthungerhilfe in Nicaragua. »Seit Anfang September hört es nicht mehr auf zu regnen.« Zuerst brach Hurrikan »Felix« über die Karibikküste herein. Dann setzten im Rest des Landes 50 Tage pausenlose Niederschläge ein. Insgesamt 250 Menschen starben oder gelten als vermisst. Die Ernten vom Pazifik bis zur Atlantikküste sind größtenteils vernichtet, 3000 Kilometer Straßen zerstört. Zudem droht eine Leptospirosis-Epidemie mit ersten Todesfällen.

Doch trotz des Naturdesasters spricht Schmitz von einer »äußerst erfolgreichen Arbeit«. Denn in dem besonders von den Sintfluten heimgesuchten Norden und Nordwesten des mittelamerikanischen Landes gab es bisher kein einziges Todesopfer. Dort arbeitet die Welthungerhilfe seit 1999 an der Katastrophenvorsorge. »Unsere Arbeit hat funktioniert«, sagt Schmitz und spricht von »ein paar Hundert geretteten Menschenleben«.

Zuletzt machte das schwer zugängliche Arbeitsgebiet von Schmitz und seinen inzwischen 13 Mitarbeitern vor neun Jahren Schlagzeilen. Der Hurrikan »Mitch« brachte 1998 ähnlich viele Niederschläge wie dieses Jahr. Doch er traf auf eine unvorbereitete Bevölkerung. 3000 Menschenleben forderte der Regen damals in Nicaragua. Als Schmitz kurz darauf nach Nicaragua kam, fand er chaotische Zustände vor: überforderte Bürgermeister, ungenügenden Zivilschutz, fehlende Evakuierungspläne, dazu ein Kompetenzwirrwarr zwischen den staatlichen Behörden.

Die Fortschritte seit dieser Katastrophe erläutert Schmitz in Los Encuentros. Das 280-Seelen-Dorf liegt eine Stunde entfernt an einer kaum befahrbaren Piste oberhalb des Bezirkshauptortes San Juan de Limay, ohne Strom und ohne Telefonnetz. Mittelpunkt des Weilers ist das Haus von Doña Francisca. Dort hat die Welthungerhilfe ein mit Solarstrom betriebenes Funkgerät installiert.

Bereitwillig demonstriert die 58-jährige Bäuerin das Gerät. »YN8ZJS« meldet sich Doña Francisca mit ihrem Amateurfunkerkürzel und gibt die aktuellen Niederschlagsmengen an die Gemeindeverwaltung in Limay durch. Die für viele Menschen lebensrettende Arbeit verrichtet Doña Francisca freiwillig, seit sieben Jahren und »jeden Tag mit mehr Freude«, wie sie sagt. Denn wenn es nicht gerade Not- und Regenfälle zu vermelden gibt, nutzen sie und ihre Nachbarn das Gerät eifrig für den Austausch von Neuigkeiten zwischen den verstreuten Dörfern.

© DWHH

Am Netz: Mit dem Funkgerät der Welthungerhilfe kann Doña Francisca die Bewohner anderer abgelegener Dörfer rechtzeitig vor Sturmwellen und anderen Katastrophen warnen.

So wie in Los Encuentros hat die Welthungerhilfe in zwölf Dörfern entlang der »Cordillera de las Brisas«, der »windigen Gebirgskette«, Funkgeräte installiert und die Funker ausgebildet. Anders als beim Hurrikan »Mitch« konnte damit dieses Jahr ein Gebiet mit 25 000 Menschen rechtzeitig vor Flutwellen gewarnt werden. Pausenlos im Einsatz waren in den vergangenen Wochen auch die von der Welthungerhilfe ausgebildeten 17 Rettungsbrigaden in den besonders gefährdeten Gemeinden. Gegründet nach der Katastrophe von »Mitch« funktionieren sie ähnlich wie die freiwillige Feuerwehr. Wo vor neun Jahren noch Menschen ertranken, konnten die Nothelfer diesmal die vom Wasser eingeschlossenen Familien rechtzeitig ins Trockene bringen.

Die Funkgeräte bewirken mehr, als nur Flutwarnungen weiterzutragen. Sie würden auch helfen, den oft religiösen »Fatalismus« aufzubrechen, berichtet Schmitz. Denn viele arme Leute würden Naturkatastrophen als »Gottesstrafe« wahrnehmen. Bevor die Welthungerhilfe die erste Funkantenne installierte, gingen Schmitz und seine 13 Mitarbeiter darum in die Dörfer und hielten Workshops ab. »Katastrophen sind vermeidbar«, war die zentrale Botschaft. Dazu erstellte die Welthungerhilfe im Rahmen von Dorfversammlungen Gefährdungskarten und Evakuierungspläne. Das Ergebnis: Statt hilflos ihrem Untergang entgegenzusehen, sind die Menschen diesmal aktiv geworden. »Die Leute haben gemerkt, dass die Flüsse zu stark anschwellen, und haben von sich aus mit den Evakuierungen begonnen«, so Schmitz.

Viele arme Leute in Lateinamerika betrachten Naturkatastrophen als »Gottesstrafe«.

Möglich wurde der Katastrophenschutz auch, weil die lokale Politik mitspielte, wie zum Beispiel im Gemeindebezirk San Juan de Limay. Dort regiert María Gilma. Sie ist eine der wenigen Bürgermeisterinnen Nicaraguas und hebt sich auch sonst wohltuend von ihren Amtskollegen ab. Wo Gilmas Vorgänger mit Saufgelagen und Luxusautos auffiel, bevorzugt die bescheiden auftretende Lehrerin effiziente Verwaltungsarbeit.

So sorgte die Ausnahmebürgermeisterin gleich nach ihrem Amtsantritt vor drei Jahren dafür, dass keine weiteren Häuser in den Überschwemmungsgebieten gebaut werden. Und sie nahm die Bürger in die Pflicht. Ehrenamtliche Kommissionen für Katastrophen, Gesundheit, Schulen, Umwelt oder Entwicklung sorgen seither dafür, dass das knappe Gemeindebudget bestmöglich eingesetzt wird. Jürgen Schmitz versteht die von der Welthungerhilfe vorangebrachte Katastrophenvorsorge auch als Alternative zur herkömmlichen Entwicklungshilfe: »In Nicaragua leben immer noch 70 Prozent der Menschen in Armut, weil viel Geld nicht sinnvoll verwendet wird.« Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit müsse darum »von unten kommen«. Beim Aufbau des Funknetzes und der Rettungsbrigaden achte man darauf, lokale Führungspersönlichkeiten zu stärken. Das Ergebnis: »Je besser man die Leute von unten ausbildet, desto besser können auch korrupte Institutionen kontrolliert werden«, ist sich Projektleiter Schmitz sicher.

Matthias Knecht ist Zentralamerika-Korrespondent des Evangelischen Pressedienstes (epd).

Weitere Informationen unter:

www.welthungerhilfe.de/nicaragua-hilfsprojekt-fruehwarnsystem.html

NICARAGUA

Nicaragua wird im Norden von Honduras, im Süden von Costa Rica, im Westen vom Pazifik und im Osten von der Karibik eingeschlossen.

Aufgrund der gewaltigen Arbeitslosenquote (80 Prozent) und der rechtlich unsicheren Situation des Landbesitzes fliehen viele Landbewohner in die Hauptstadt Managua, in andere Städte des Landes oder gleich nach Costa Rica oder in die USA. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung von Nicaragua lebt im Ausland. Nicaragua hat die größte Pro-Kopf-Verschuldung der Welt und ist nach Haiti das zweitärmste Land in Lateinamerika. 40 Prozent der Einwohner leben in extremer Armut. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt nur etwas mehr als umgerechnet fünf Milliarden US-Dollar (US$), das sind pro Kopf 830 US$ (Vergleich Deutschland: 31 000 US$).

Im September 2007 hinterließ der Hurrikan »Felix« eine Spur der Verwüstung und zerstörte dabei 20 000 Häuser und knapp 87 000 Hektar Felder. Mehr als 33 000 Familien sind davon betroffen. Und das, obwohl schon vor dem Hurrikan die Ernährungslage in vielen Landesteilen kritisch war.

»Ich werde mich weiter engagieren!«

© Maedje

Herzlicher Abschied: Auch Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (links) und Verlegerin Gudrun Bauer (rechts) waren zu Gast bei der Stargala.

Dieter Thomas Heck sagt Tschüss. In diesem Jahr präsentierte der Showmaster zum zwölften und letzten Mal die »Stargala« im ZDF zugunsten der Deutschen Welthungerhilfe. In den vergangenen Jahren hatte die Spenden-Show mehr als 30 Millionen Euro zur Unterstützung der Welthungerhilfe eingebracht, »Geld«, so Heck, »das dort ankommt, wo es am dringendsten gebraucht wird«.
Die Vorsitzende der Welthungerhilfe Ingeborg Schäuble dankte dem beliebten Showmaster für sein langjähriges Engagement: »Er hat die Herzen der Menschen gewonnen und ist ein begnadeter Spendensammler«, so Schäuble. Unterstützt wurde er dabei stets von zahlreichen nationalen und internationalen Stars. Gemeinsam mit Dieter Thomas Heck traten in diesem Jahr die Schlagersängerin Helen Fischer, das Duo Marshall und Alexander sowie die Girlband No Angels auf und rührten die Werbetrommel für eine Welt ohne Hunger und Armut.
Aber Dieter Thomas Hecks Engagement beschränkt sich nicht nur auf die Show: Mehrfach machte er sich selbst vor Ort ein Bild von der Situation – vor allem Afrika liegt ihm am Herzen.
»Es ist zwar die letzte Stargala gewesen, engagieren werde ich mich aber weiterhin«, versprach der Showmaster nach der Sendung. Die Menschen in den Projekten werden es ihm danken!

Weitere Informationen unter: http://www.welthungerhilfe.de/stargala-zdf-2007.html.

© Lander

Aufbruchstimmung: Welthungerhilfe-Vorsitzende Ingeborg Schäuble (vorne) eröffnete im Magdeburger Justizzentrum die Ausstellung »15 Dörfer, 8 Ziele, 1 Welt«. Die Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt erwies sich als weltoffener Gastgeber der »Woche der Welthungerhilfe«, die zahlreiche kulturelle und sportliche Veranstaltungen rahmten.

Starke Partner für Angola

Startschuss: Ingeborg Schäuble (links), Profi-Ruderer André Willms und Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper begrüßten 1300 Schüler zum LebensLauftag.

Erfolgreich im Jubiläumsjahr: Gemeinsam mit dem Städtepartner Magdeburg wurde zwischen dem 11. und 20. Oktober 2007 die 40. »Woche der Welthungerhilfe« gestartet. »Hunger bekämpfen – Zukunft schenken. Magdeburg macht mit!«, so das Motto. Die Erlöse kommen einem Dorf im südwestafrikanischen Angola zugute.

© Lander

Gemeinsam mit engagierten Partnern wie Schulen, Vereinen, Unternehmen, Kultureinrichtungen und Privatpersonen stellten die Stadt und die Deutsche Welthungerhilfe ein vielseitiges Programm auf die Beine. Zahlreiche Prominente haben die Partnerschaft unterstützt – allen voran Bundespräsident Horst Köhler, der mit seiner Fernsehansprache die »Woche« offiziell eröffnete. Seit 40 Jahren nutzt die Welthungerhilfe die »Woche«, um ihre Arbeit einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und zum Engagement für eine Welt ohne Hunger und Armut aufzurufen. Die Organisation setzt dabei vor allem auf Sport und Spiel, auf Kulturelles, aber auch auf kritische Auseinandersetzungen. So fand im MDR-Landesfunkhaus eine rege Podiumsdikussion zum Thema »Hungern durch Biokraftstoffe?« statt. Und zum »Lebenslauf« gingen im Magdeburger Stadtpark rund 1300 Schüler an den Start. Mit dabei war auch André Wilms, Ruder-Star und Fußballer des 1. FC Magdeburg.
Anlässlich des Welternährungstages am 16. Oktober 2007 eröffnete die Vorsitzende der Welthungerhilfe Ingeborg Schäuble im Justizpalast die Ausstellung »15 Dörfer, 8 Ziele, 1 Welt«. Darin dokumentiert die Welthungerhilfe ihr Engagement im Rahmen der Millenniumskampagne der Vereinten Nationen. Die Erlöse werden dem Dorf Mangue im südwestafrikanischen Angola zugutekommen. Dort leiden die Menschen noch immer unter den Folgen eines jahrzehntelangen Bürgerkrieges. Im Rahmen der Initiative »Millenniumsdörfer« unterstützt die Welthungerhilfe den Wiederaufbau.
Um Kindern in Magdeburg die Schwierigkeiten in Mangue zu zeigen, veranstaltete die Welthungerhilfe eine groß angelegte Projektwoche. 20 Schulen, sechs Kindertagesstätten und zwölf Lernpartner aus der ganzen Stadt nahmen daran teil. Insgesamt 3000 Schüler erfuhren, welche Pflanzen die Bauern in Mangue anbauen, was die Menschen dort am liebsten essen und wie man die Nahrungsknappheit in Angola bekämpfen kann.

Sportlich: Zur Aktion Lebensläufe, die sich an der »Woche« beteiligte, gibt es eine interessante Dokumentation. **Bestellungen an: info@welthungerhilfe.de oder Telefon (0228) 22 88-127.**

© Meissner

Die Not bleibt: Immer noch leidet jeder siebte Mensch an Nahrungsmangel. Die Welthungerhilfe fordert deshalb einen nationalen Stufenplan zur Steigerung der Entwicklungshilfe bis 2010.

Deutschland muss die Entwicklungshilfe steigern

Die Deutsche Welthungerhilfe und das Kinderhilfswerk terre des hommes haben ihren 15. Bericht zur Wirklichkeit der Entwicklungshilfe vorgelegt. Darin fordern sie von der Bundesregierung einen nationalen Stufenplan zur Steigerung der Entwicklungshilfe bis 2010. Der Plan solle spätestens zur UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Dezember 2008 in Doha vorliegen, verlangen die beiden Organisationen. Mit diesem Schritt solle Deutschland deutlich machen, dass es die in der EU vereinbarten Ziele zur Steigerung der Entwicklungshilfe ernst nimmt, lautet die Begründung von Welthungerhilfe und terre des hommes. Seit 1993 geben die Organisationen die Berichte zur Wirklichkeit der Entwicklungshilfe heraus.

Die Berichte haben sich als wirkungsvolles Instrument kritischer Analyse der deutschen Entwicklungspolitik etabliert. Sie befassen sich kritisch mit der Frage, ob die Hilfsleistungen ausreichen, die Qualität stimmt und die Bundesregierung ihre entwicklungspolitischen Ziele erreicht. Dabei betrachten die Berichte die deutschen Leistungen auch im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklungspolitik.

Der aktuelle Bericht steht als Download im Netz bereit: www.welthungerhilfe.de/15-bericht-entwicklungshilfe.html.
Sie können auch den gedruckten Bericht bestellen unter info@welthungerhilfe.de oder per Telefon: (0228) 22 88-127.

»Hilfe zur Selbsthilfe«

Zu den besonders häufig genannten Grundsätzen der Entwicklungszusammenarbeit gehört die »Hilfe zur Selbsthilfe«. Auch für die Deutsche Welthungerhilfe ist dies ein Leitbild. Ziel der Welthungerhilfe ist es, allen Menschen zu ermöglichen, jetzt und in Zukunft für sich selbst zu sorgen und in Würde und Gerechtigkeit, frei von Hunger und Armut zu leben.
Zum Thema »Hilfe zur Selbsthilfe« wurde ein Arbeitspapier erstellt, das die wichtigsten Punkte umreißt: Als Zielgruppe werden zum Beispiel nicht in erster Linie Individuen gefördert, sondern Gruppen oder Organisationen. Diese werden als Akteure, nicht als Hilfeempfänger verstanden. Dank der »Hilfe zur Selbsthilfe« sollen Menschen und Organisationen ihre Interessen besser artikulieren und durchsetzen können.
Auf diese Weise will die Welthungerhilfe vor allem strukturelle Ursachen der Armut bekämpfen.

Das Arbeitspapier kann angefordert werden unter: info@welthungerhilfe.de oder per Telefon: (0228) 22 88-127.

BESTELLCOUPON

»Welternährung« im Abo: Schicken Sie uns einfach diesen Coupon mit Ihrer Post- und Internetadresse, und Sie erhalten die »Welternährung« viermal im Jahr kostenlos.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

KOSTENLOS!

Deutsche Welthungerhilfe e.V.,
Redaktion »Welternährung«
Friedrich-Ebert-Str. 1, 53173 Bonn
Telefon: (0228) 22 88-429
Telefax: (0228) 22 88-188
E-Mail: info@welthungerhilfe.de

MATERIALIEN

Millenniumsdörfer 2007

In 15 Gemeinden in Afrika, Asien und Lateinamerika hat die Deutsche Welthungerhilfe Dörfer ausgewählt, in denen sie beispielhaft zeigen möchte, dass die Millenniumsziele der Vereinten Nationen erreichbar sind. »Hier beginnt die Welt von morgen« ist das Motto dieser Initiative. Das macht Mut und verleiht den Menschen in den Millenniumsdörfern neue Hoffnung und Motivation für eine Zukunft, in der sie genügend zu essen haben, ihre Kinder eine Schule besuchen können und ausreichend für ihre Gesundheit gesorgt wird. Interessierte erfahren in der neuen Millenniumsdörfer-Broschüre mehr über die Arbeit der Welthungerhilfe vor Ort.

Bestellungen an: info@welthungerhilfe.de oder per Telefon: (0228) 22 88-127.

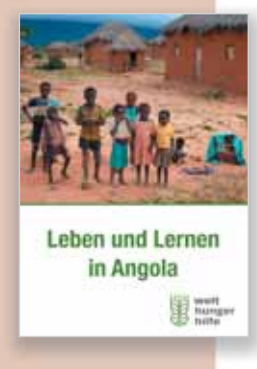
»Aktiv für eine bessere Welt«: Arbeitsposter Millenniumsziele

Das neue DIN-A1-Poster dient Schülerinnen und Schülern, die an einer Schülerzeitung mitarbeiten, als praxisnahe, journalistische Hilfestellung: Aktionsvorschläge, Rechercheadressen, journalistische Tipps und Tricks sollen ihnen helfen, spannende und interessante Artikel zum Thema Millenniumsziele zu verfassen.

Bestellungen an: info@welthungerhilfe.de oder per Telefon: (0228) 22 88-127.

Neuer Film zeigt Leben und Lernen in Angola

Acht Millenniumsziele formulierten Staats- und Regierungschefs zur Jahrtausendwende, unter anderem die Halbierung von Hunger und Armut. In den Millenniumsdörfern zeigt die Welthungerhilfe, dass diese Ziele erreicht werden können. Mangue in Angola ist eines dieser Dörfer. Rund 90 Prozent der Einwohner leiden unter bitterer Armut. Hier lebt auch die 13-jährige Genita. Der Film »Leben und Lernen in Angola« zeigt, wie das Mädchen ihr Leben meistert und was schon alles in Mangue passiert ist, seit es Millenniumsdorf der Welthungerhilfe wurde.



Bestellungen an: info@welthungerhilfe.de oder per Telefon: (0228) 22 88-127.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Welthungerhilfe e. V., Friedrich-Ebert-Str. 1, 53173 Bonn
Redaktion: Patricia Summa (verantwortlich), Ute Warkalla, Reinold E. Thiel (ständiger Mitarbeiter), Florian Stein (muehlhaus & moers kommunikation)
Telefon: (0228) 22 88-207, Telefax: (0228) 22 88-188
Internet: www.welthungerhilfe.de, E-Mail: info@welthungerhilfe.de
Gestaltungskonzept: Querformat Design, Hamburg/Aline Hoffbauer, Ingrid Nündel
Layout: muehlhaus & moers kommunikation, Köln/Tobias Heinrich
Druck: Joh. Heider Verlag GmbH, Bergisch Gladbach
Gedruckt auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier.
Die »Welternährung« erscheint vierteljährlich. Die Herausgabe der Zeitung wird aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unterstützt.
Namensbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.
Nachdruck erwünscht mit Quellenangaben und Belegexemplar.
Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe ist der 5. Dezember 2007.

Neulich in ... Venezuela

© KNA-Bild

Kalte Dusche: Kinder in Venezuela werden oft auf abenteuerliche Namen getauft.

Von Peter Korneffel

Nomen est omen, dachte Hugo Chávez, langzeitregierender Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela. Und so konnte es nicht angehen, dass Eltern ihre Kinder weiterhin auf imperialistische Namen wie »Washington« oder »Eisenhower« taufen. Nun gut, mit »Stalin« konnte es auch nicht weitergehen. Ebenso unschön ist es, wenn auf der Schulbank der kleine »Lenin« mit »Max Donald« zankt und »Jesus« bei »Buddha« abschreibt. Und werden »Adonis« und »Odysée« jemals Griechisch lernen wollen? Ganz klar, wusste der Präsident: Eltern sollten ihren Kindern wieder anständige Namen geben!

Hugo Chávez beauftragte daher die Nationale Wahlkommission, genau einhundert gute, spanischsprachige Namen aufzulisten, mit denen sein Volk der Namennarren künftig seine Kinder taufen möge. Genau 100 Vornamen. Bestimmt würden es »Fidel« (Castro) und »Ernesto« (Che Guevara) auf die Liste schaffen, war sich der Präsident sicher. Ohne Zweifel würde auch »Simón« nicht fehlen, denn so hieß der legendäre Nationalheld Bolivar mit Vornamen.

Der Gesetzesentwurf sollte die künftigen Kinder der Revolution vor Zungenbrechern, Anglizismen und Stigmatisierungen aus der Welt der Klassenfeinde namentlich bewahren. In den Wiegen der venezolanischen Nation sollten keine »Clintons« mehr heulen, keine »Miamis« mehr in die Windeln machen. Dies war natürlich eine heikle Aufgabe für die Regierungskommission in Caracas. Welche hundert Namen würde der bolivarische Namenrat am Ende auswählen?

Auch hierzulande gibt es Vornamen, die wie Strafen klingen. Schließlich hätten auch wir keine Lust, uns nur noch zwischen »Alfons« und »Karl-Heinz« entscheiden zu können. Und selbst, wenn es moderner klänge: der ganze Kindergarten voll von »Lenas« und »Leonies« im Bauklötzchenstreit mit Luca und Leon?!

Welle der Empörung

Zu Recht also löste Hugo Chávez bei den Eltern und Kinderrechtlern eine Welle der Empörung aus und musste schließlich das Vornamengesetz im September zurückziehen. Alles ist nun wieder möglich: ein kräftiges Mädchen namens »Catapillar«, der kleine »MacDrive« von nebenan und selbst Zwillinge als »Doppel-Whopper«. Der Unfug wird damit fortgesetzt, und venezolanische Kinder namens »Usnavy« oder »Chrysler« können weiterhin miteinander spielen. Ihr Staatspräsident hat eine sinnvolle Gesetzeskorrektur vermasselt. Gerade unser »Hugo«, dessen Name sich vom germanischen »huh« ableitet und nicht weniger bedeutet als »Verstand« und »denkender Geist«.

Peter Korneffel ist Auslandsreporter für Spanien und Lateinamerika.

Silbenrätsel

– A – AL – DE – DE – GU – JA –
– KA – KO – LA – LAS – LO –
– MAM – NA – NAL – NEI – NO –
– PAU – PER – PLA – PLA – RE –
– RIO – RO – SAO – TA – TI –

Aus den obigen Silben sollen **7 Wörter** folgender Bedeutung gebildet werden:

1. **Halbinsel in Asien**
2. **Begriff für das Andenhochland in Peru und Bolivien**
3. **Riesenstadt in Brasilien**
4. **Stadt auf halber Strecke zwischen Beira und Harare**
5. **Riesenstadt in Brasilien**
6. **Stadt am Orinoko in Venezuela**
7. **Bucht an der Atlantikküste Nicaraguas**

Wenn Sie bei richtiger Lösung nun die Wörter horizontal richtig verschieben, ergeben sich zwei Senkrechte aus zwei Buchstabenpaaren, die, jeweils senkrecht gelesen, ein umweltpolitisches Dokument ergeben, über das in diesen Tagen auf internationaler Ebene sehr viel geredet wird.

Lösungen: 1. **Kor**ea 2. **Alt**iplano 3. **Rio** de Janeiro 4. Ma**mk**a 5. **São** Paulo 6. **Pla**tanal 7. Laguna de Per**las** = **Klimaprotokoll**

© Kreitz